

Mitteilungen des Verbandes Deutscher Realschullehrer
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Schulen im Sekundarbereich

Landtagswahl März 2011



Wahlaussagen der Parteien zur Bildungs- und Berufspolitik

Editorial	2
Schulpolitik	
Leitartikel: Politische Gewichte verändern sich	3
Kinder nicht überfordern	3
Interview mit Bildungsministerin Doris Ahnen	4
Info-Veranstaltung des Ministeriums zur Fachoberschule	8
VDR und IHK im Gespräch	9
Zusammenarbeit zwischen Fachhochschulen und den neuen Fachoberschulen	10
VDR im Gespräch mit dem Landeselternbeirat	11
Ankündigung: 3. Fachkongress Realschule plus	12
Landtagswahl 2011: Wahlaussagen der Parteien zur Bildungs- und Berufspolitik	14
Lehrerbildung und Studienseminare	
Begrüßung der neuen Lehramtsanwärter/-innen	33
Personalvertretung	
Personalräteschulungen im Mai in allen Bezirken	31
Tagung für IGS-Lehrkräfte mit PhV und VDR	35
Berufsvertretung	
dbb-Lehrerverbände im Gespräch mit dem Ministerpräsidenten	7
Schule in der Praxis	
Konrad-Adenauer-Realschule plus ist erste Campusschule	32
Recht	
Keine finanzielle Absenkung des Eingangsamtes	6
Aufstiegsmöglichkeit nach A12 Z oder A13 Z	6
Bekommen Beamte eine zu üppige Pension?	34
VDR intern	
Beraterteam des VDR	30
Nicole Weiß-Urbach ist neue VDR-Gleichstellungsbeauftragte	35
Persönliches	
Der VDR gratuliert zum Geburtstag	36
Trauer um Emil Schuster	37





**Lesen bildet.
Wer lesen kann, ist klar im Vorteil!**

Man sollte es allerdings auch tun. Besonders, wenn wesentliche Entscheidungen anstehen.

Ganz selbstverständlich werden schon bei kleinen Alltags-Anschaffungen das Preis-Leistungsverhältnis und die Qualität verglichen. Bei Wahlen sollte das genauso gelten. Wir haben das Glück, in einer stabilen Demokratie leben zu dürfen. Der Artikel 20 des Grundgesetzes garantiert uns, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Dieses Recht sollten wir nicht leichtfertig vertun. Zumal, wenn wir vor unserer Entscheidung die Absichtserklärungen der Parteien unkompliziert nachlesen können. Allerdings: lesen müssen wir!

In der zu Ende gehenden Legislaturperiode wurde die rheinland-pfälzische Schullandschaft grundlegend verändert. Die absolute Mehrheit erleichterte der SPD diese Entscheidung enorm. Mehr oder weniger inhalts- und ideenreich hielten die Oppositionsparteien im Landtag dagegen.

Jetzt, vor der Wahl am 27. März, legen sie alle ihre Konzepte vor. Fest steht: Keine Partei will oder wird die neue Schulstruktur zurücknehmen. Unterschiedliche Absichten zeigen sich jedoch bezüglich der weiterführenden Ausgestaltung.

Deshalb lohnt es sich, die Antworten der Parteien auf unsere Fragen zur Schul- und Bildungspolitik kritisch zu lesen. Der VDR bekennt sich uneingeschränkt zum Leistungsprinzip sowie zur deut-

lichen, auch für Arbeitgeber erkennbaren Leistungsdifferenzierung. So wenig gleich unsere Schülerinnen und Schüler aussehen, so wenig gleich sind auch ihre Begabungen. Dass bundesweit mehr als 7 Prozent (unter ausländischen Jugendlichen mehr als 15 Prozent) keinen Schulabschluss schaffen, ist alarmierend. Aber nicht alle Schlussfolgerungen halten der Schulrealität stand. Allen Schülerinnen und Schülern steht Förderung zu, den leistungsschwachen UND den leistungsstarken. Aber selbst durch beste Förderkonzepte können Begabungen nicht umverteilt werden. Zu schnell und zu oft wird von Bildungstheoretikern und Bildungspolitikern von Begabungsunterschieden auf soziale Unterschiede geschlossen, von Ungleichheit auf Benachteiligung und Ungerechtigkeit.

Die größte Ungerechtigkeit im Bildungssystem ist nicht die Notengebung, sondern ein Gleichstellungszwang. Chancengerechtigkeit bedeutet nicht Chancengleichmacherei. Die Schwachen in den Blick zu nehmen und die Talentierten zu vernachlässigen, kann nur eine Niveausenkung zur Folge haben.

Zu dieser Gesamthematik nehmen alle von uns befragten Parteien Stellung. Ausführlicher tun sie das natürlich in ihren Wahlprogrammen, die alle leicht im Internet zu finden sind. Hier kann auch herausgelesen werden, wie weit die Parteien sich mit der Schulrealität auseinandergesetzt haben. Zur entsprechenden Erkenntnisgewinnung für den Wähler lohnt sich zum Beispiel das Lesen von „Auf nach GRÜNland-Pfalz“. Dort finden Sie u. a. auf den Seiten 68 und 69 die Sätze: „Daher wollen wir die IGS als weitere Regelschule im rheinland-pfälzischen Schulgesetz verankern.“ Sowie „Das bisherige Notensystem soll mittelfristig durch Lernentwicklungsberichte ergänzt und schrittweise ersetzt werden.“

Lesen bildet. Aufmerksame Leser wissen, dass die Integrierte Gesamtschule bereits seit 1992 als Regelschule im Schulgesetz verankert ist ...

Kurt Tucholsky irrte mit seiner Aussage: „Wenn Wahlen etwas verändern würden, hätte man sie längst verboten!“
Deshalb: Wählen gehen!

Freundlichst Ihre

Impressum

**Herausgeber
VDR**

Verband Deutscher Realschullehrer
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.
55116 Mainz

Landesvorsitzender

Bernd Karst
Grolsheimer Weg 5
55411 Bingen
Tel. 0 67 21 / 99 49 99
Fax 0 67 21 / 99 49 98
E-Mail
karst.bernd@vdr-rlp.de

**Zentrale Mitgliederkartei
und Inkasso**

Martin Radigk
Nachtigallenweg 55
67346 Speyer
Tel. 0 62 32 / 4 04 44
Fax 0 62 32 / 1 21 33 18
E-Mail
landeskassierer@vdr-rlp.de

Chefredakteurin

Christiane Lehmann
Grüner Weg 7
56323 Waldesch
Tel. 0 26 28 / 81 68
E-Mail
lehmann.christiane@vdr-rlp.de

Internet Adresse

<http://www.realschule-vdr.de>

Layout

Mediengestaltung Nehring
Lohrweg 48
56218 Mülheim-Kärlich
E-Mail
roland.nehring@web.de

Druck

Görres Druckerei Koblenz

Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Politische Gewichte verändern sich

Die Gesellschaft für deutsche Sprache erklärte im Jahr 1992 den Begriff Politikverdrossenheit zum „Wort des Jahres“. Dieser beschreibt die negative Einstellung der Bürger in Bezug auf politische Aktivitäten und Strukturen. Verbreitetes Desinteresse oder Ablehnung von Politik sowie mangelnde Partizipation sind bekanntlich die Folge von Politikverdrossenheit. Der „Wutbürger“ hingegen, um das aktuelle „Wort des Jahres“ 2010 aufzugreifen, „buht, schreit, hasst. Er ist konservativ, wohlhabend und nicht mehr jung. Früher war er staatstragend, jetzt ist er zutiefst empört über die Politiker. Er zeigt sich bei Veranstaltungen mit Thilo Sarrazin und bei Demonstrationen gegen das Bahnhofsprojekt Stuttgart 21“, so der SPIEGEL-Redakteur Dirk Kurbjuweit, der den Begriff erfand. Beide Spezies, der „Politikverdrossene“ wie auch der „Wutbürger“, nehmen auf Wahlen oft einen entscheidenden Einfluss, schlechtestenfalls durch ihre Abwesenheit. Das ist bedenklich.

Wie ist die aktuelle politische Stimmung in Rheinland-Pfalz? Das Wahlbarometer, basierend auf dem Ergebnis der statistisch ausgewerteten „Sonntagsfrage“, zeigt einen Trend an. Demnach erscheint eine Fortsetzung der Einparteienregierung nicht realistisch, durchaus aber eine Rot-Grüne-

Koalition. Zahlreiche Beispiele gerade aus jüngster Vergangenheit belegen jedoch, dass sich die politischen Gewichte sehr kurzfristig verändern können. Parteien und Kandidaten dürfen daher bis zuletzt hoffen.

Die primäre Zuständigkeit der Bundesländer für das Schulwesen macht den Ausgang von Landtagswahlen besonders spannend für Schüler, Eltern und Lehrer. Sie wollen wissen: Welche Struktur, welche Qualität, welche Bedingungen beschreiben die Parteiprogramme mit Blick auf den Arbeitsplatz Schule? Welche bildungspolitische Zukunft verbinden die Parteien und ihre Kandidaten mit der Übernahme einer Regierungsverantwortung? Und überhaupt: Wie definieren sie „Schule“? Sind ihre Erwartungen realistisch oder wird sich die Schule vor dem Hintergrund einer unrealistischen Erwartungsvielfalt zwangsläufig von ihrer originären Kernaufgabe entfernen? Ein Absinken der Leistungsfähigkeit der Schule, ein „Niveaulimbo“ also, um auch das „Jugendwort des Jahres“ 2010 aufzugreifen, wäre die Folge. Die vorliegende Ausgabe unserer „Realschule in RLP“ fühlt den Parteien auf den Zahn. Die Wahlprüfsteine thematisieren Fragen rund um Schule, deren Beantwortung Ihre Wahlentscheidung erleichtern möge.



Bernd Karst, VDR-Landesvorsitzender

Über drei Millionen wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz sind am 27. März aufgerufen, einen Landtag zu wählen, der in seiner Legislaturperiode bis zum Jahr 2016 über die Entwicklung unseres Landes bestimmen wird. Fünf Jahre sind eine lange Zeit, in der, wie wir auch rückblickend erfahren haben, viel passieren kann. So ist zu hoffen, dass die seit 1983 von 90,4 auf den Tiefpunkt von 58,2 Prozent im Jahr 2006 gesunkene Wahlbeteiligung wieder zunimmt und die partielle Politikverdrossenheit wieder abnimmt.

Bernd Karst
VDR Landesvorsitzender

PRESSEMITTEILUNG

VDR: Kinder nicht überfordern

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) warnt im Vorfeld der Anmeldungen zu den weiterführenden Schulen die Eltern eindringlich vor falschem Ehrgeiz bei der Wahl der Schullaufbahn. Eltern sollten die Empfehlung der Grundschule ernst nehmen. Überforderung sei eine schlimme Motivationsbremse und führe zu Leistungsabfall und in vielen Fällen zu psychischen Problemen und Verhaltensauffälligkeiten.

„Der größte Anreiz zum Lernen ist immer noch der Erfolg. Gönnen Sie im Zweifelsfall Ihren Kindern diesen

Erfolg in der Realschule!“, so appelliert der VDR-Landesvorsitzende Bernd Karst an das Verantwortungsbewusstsein der Eltern. Die Realschule plus besticht durch ihre Förderkonzepte, die Offenheit nach Klasse 10 und den Zugang zur Fachhochschulreife in den Klassen 11 und 12. Sie ist ideal für Kinder, die statt einer akademischen Bildung praxisorientierte Lerninhalte mit Berufsorientierung verbinden möchten.

V.i.S.d.P.: Wolfgang Häring / 04.02.2011

„Erfolge im Bildungsministerium sind nur mit politischer Unterstützung, mit engagierten Mitarbeitern und vor allem mit guten Schulen zu erzielen.“

Interview mit Ministerin Doris Ahnen

Am 27. März 2011 finden in Rheinland-Pfalz Landtagswahlen statt und die Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, mit ihrer Stimme indirekt auch die Arbeit der Landesregierung zu bewerten. Das Bildungsressort hat nunmehr seit zwei Legislaturperioden Ministerin Doris Ahnen inne.

Vertreter des VDR-Landesvorstandes führten mit der Staatsministerin ein Interview, um einerseits Bilanz zu ziehen und andererseits mögliche Perspektiven auszuloten.

RSiRLP:

Frau Ministerin, was haben Sie rückblickend in den letzten zehn Jahren dazugelernt?

Ministerin Doris Ahnen

Ich habe unheimlich viel dazugelernt und lerne auch jetzt noch jeden Tag hinzu. Die Aufgabe macht mir noch genauso viel Spaß wie am ersten Tag. Ich stelle aber fest, dass man sich verändert und eine größere Sicherheit entwickelt. Man erhält einen geschärften Blick für Zusammenhänge, Regelungsbedarf und Ausgewogenheit.

RSiRLP

Was zählen Sie zu Ihren bildungspo-

litischen Erfolgen?

Ministerin Doris Ahnen

Zu den Erfolgen zähle ich die Entwicklungen im Ganztags schulbereich, mit denen ich mich eng verbunden fühle. Dort hat Rheinland-Pfalz bundesweit Geschichte geschrieben und ich bin stolz, dass wir heute auf rund 600 Ganztags schulen blicken können, die auf freiwilliger Basis aller Beteiligten entstanden sind. Aber auch im Bereich der Kindertagesstätten konnte viel realisiert werden, weil mir die Förderung der Kinder von Anfang an sehr wichtig ist. Und insgesamt betrachtet ist auch die Schulstrukturreform aus meiner Sicht gut gelungen.

RSiRLP

Sie nennen die Schulstrukturreform. Warum ist diese aus Ihrer Sicht gut gelungen?



Zu den Erfolgen zähle ich die Entwicklungen im Ganztags schulbereich...

Ministerin Doris Ahnen

Wir haben in Rheinland-Pfalz unsere Reformpläne weitgehend verständlich machen können und im Einverständnis mit allen Beteiligten umgesetzt. Bei vielen Schulbesuchen habe ich außerdem in den Gesprächen vor Ort erfahren, dass gerade mit der Errichtung der Realschule plus sehr große Hoffnungen verbunden sind. Die inhaltliche Ausgestaltung der Realschule plus ist uns gut gelungen. Die FOS an den Schulen schafft Entwicklungsperspektiven, die bundesweit Beachtung finden. Wir haben die Realschule plus mit guten Rahmenbedingungen ausgestattet.

RSiRLP

„Ein kräftiges Plus muss her!“ forderte der VDR im Zusammenhang mit der Strukturreform. Worin sehen Sie



„Die Absenkung der Klassenmesszahl auf 25 ist aus unserer Sicht auch für die Klassenstufen 7 bis 10 notwendig...“

die Pluspunkte der Realschule plus?

Ministerin Doris Ahnen

Da sind als wesentliche Punkte die Berufsorientierung und das Projekt „Keiner ohne Abschluss“ zu nennen. Die Aufstiegsorientierung manifestiert sich durch den organisatorischen Verbund mit der Fachoberschule. Die Zuweisung von Lehrerwochenstunden hat sich gerade für die ehemaligen Realschulen deutlich verbessert, und schließlich haben wir die Klassenmesszahl in der Orientierungsstufe auf 25 gesenkt.

RSiRLP

Die Absenkung der Klassenmesszahl auf 25 ist aus unserer Sicht auch für die Klassenstufen 7 bis 10 notwendig.

Ministerin Doris Ahnen

Natürlich ist die Fortschreibung der Messzahlen für die Klassen 7 bis 10 wünschenswert, aber dies ist zur Zeit finanziell angesichts der Schuldenbremse nicht machbar. Und ich verspreche vor der Wahl nichts, was ich nicht sicher einhalten kann. Die Realschule plus kann sich auch in Zukunft meiner hundertprozentigen Unterstützung sicher sein.

RSiRLP

Die Realschule plus benötigt aus unserer Sicht weitergehende Unterstützung! Was kann die Realschule plus an weiterer Unterstützung künftig von Ihnen erwarten?

Ministerin Doris Ahnen

Die Realschule plus ist eine sehr gut unterstützte Schulart und kein Sparpaket. Ich möchte den begonnenen Weg weitergehen und die guten Perspektiven beispielsweise der Fachoberschule nutzen.

RSiRLP

Die Belastungen für die Lehrerinnen und Lehrer haben auch durch die Strukturreform zugenommen! Welche Entlastungen können Sie den Lehrkräften in Aussicht stellen?

Ministerin Doris Ahnen

Ich anerkenne, dass die Belastungen im Lehrerberuf sehr hoch geworden sind.



„Ein Thema kann bei einem Bilanzgespräch mit dem VDR nicht fehlen...“

Aber ich glaube, dass der Aufwand in der Startphase natürlich besonders groß war. Die Lehrkräfte brauchen auch in Zukunft gute Fortbildung, intensive Beratung und Unterstützung dadurch, dass an allen Realschulen plus Schulsozialarbeiter eingesetzt werden.

RSiRLP

Was muss ein junger Mensch, der Lehrer werden will, aus Ihrer Sicht mitbringen?

Ministerin Doris Ahnen

Er muss Freude im Umgang mit Kindern und Jugendlichen haben, da er sonst den Belastungssituationen nicht standhalten kann. Darüber hinaus muss er fachlich interessiert und fundiert ausgebildet sein. Nicht zuletzt bedarf es gestandener Persönlichkeiten und guter Teamplayer.

RSiRLP

Zur Qualitätssicherung gehört eine gute Ausbildung der zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer! Können die Hochschulen und die Studienseminare dies leisten?

Ministerin Doris Ahnen

Die Hochschulen und Studienseminare haben sich auf das weiterentwickelte Lehrerbild eingestellt. Meine Hochachtung gilt den Seminaren und den Ausbildungsschulen, die den Anwärterinnen und Anwärtern die Alltagspraxis ermöglichen. Nicht nur aus diesem Grund haben die Studienseminare im

Haushaltsplan 2011 eine hohe Steigerungsrate von 20 Prozent erfahren. Die Kapazitäten an den Studienseminaren für Realschulen plus werden deutlich ausgeweitet, um 140 Plätze, und ich bin mir sicher, dass wir gut ausgebildeten Nachwuchs haben werden.

RSiRLP

Ein Thema kann bei einem Bilanzgespräch mit dem VDR nicht fehlen...:

Ministerin Doris Ahnen

Die zentrale Abschlussprüfung!

RSiRLP

Genau! Sie haben Rheinland-Pfalz in dieser Frage zu einer Insel gemacht. Wann wollen Sie dem Beispiel anderer Bundesländer folgen?

Ministerin Doris Ahnen

Sie wissen von mir, dass ich gesprächsoffen bin und die Frage unverkrampft betrachte. Es gibt nur eine unverrückbare Messlatte, nämlich die, dass Maßnahmen nur ergriffen werden, wenn sie wirklich einen Beitrag zu besseren Schulen leisten. Leider ist es nicht so eindeutig, dass zentrale Prüfungen die Qualität des Abschlusses steigern und zur Qualitätssicherung beitragen. Andererseits ist eine solche Prüfung mit einem beachtlichen Mehraufwand für die Lehrerinnen und Lehrer und auch die Schulaufsicht verbunden. Bei der großen Belastung, die Lehrkräfte zu tragen haben, möchte ich weitere Aufgaben nur zumuten, wenn überzeugende Lösungen entwickelt wurden. Dabei



„...habe noch eine Menge Ideen...“

schauen wir selbstverständlich auch in andere Länder.

RSiRLP

Was würden Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen der Bildungsministerien anderer Bundesländer raten, aus Rheinland-Pfalz zu übernehmen?

Ministerin Doris Ahnen

Rheinland-Pfalz erfährt innerhalb der KMK eine hohe Wertschätzung. Was uns tatsächlich auszeichnet, ist die Tatsache, dass wir über Jahre hinweg

kontinuierliche Schulentwicklung betrieben haben und somit größere Linien entwickeln konnten. Dabei waren immer Verbesserungen bei der Leistungsfähigkeit und der Chancengleichheit gleichermaßen im Blick. Die Erfolge lassen sich ja im jüngsten Ländervergleich deutlich ablesen.

RSiRLP

Sie sind nach unserer Erfahrung eine sehr sachbezogene Ministerin, die ihre Emotionen allerdings nicht versteckt. Was, zum Beispiel, bringt Sie in Rage?

Ministerin Doris Ahnen

Wenn man mit vorgeschobenen Argumenten kommuniziert und im Dialog nicht ehrlich zueinander ist.

RSiRLP

Nun neigt sich Ihre zweite Amtszeit als Bildungsministerin dem Ende entgegen. Was streben Sie nach den Landtagswahlen an?

Ministerin Doris Ahnen

Ich fühle mich außerordentlich wohl in den Bereichen, die ich verantworte. Dabei bildet die Schule den Kernteil, aber mir macht auch das Gebiet der

Kindertagesstätten viel Spaß und ich schätze es sehr, auch für die Hochschulen zuständig zu sein. Sehr viel Freude bereitet mir der Aufgabenbereich Kultur. Ich habe noch eine Menge Ideen und würde meine Tätigkeit deshalb sehr gerne fortsetzen.

Das Gespräch führten:



Bernd Karst
Landesvorsitzender
Karst.Bernd@vdr-rlp.de



Michael Eich
Bezirksvorsitzender - Neustadt
Ref.: Universitäten
Eich.Michael@vdr-rlp.de



Wolfgang Häring
Pressesprecher
Ref.: Fachoberschule (FOS)
Haering.Wolfgang@vdr-rlp.de



Timo Lichtenthäler
Ref.: Delegierte, Newsletter,
Integration / Inklusion
Lichtenthaeler.Timo@vdr-rlp.de



Wilfried Rausch
Stv. Landesvorsitzender
Ref.: Dienst- und Schulrecht
Rausch.Wilfried@vdr-rlp.de



Wolfgang Wünschel
Stv. Landesvorsitzender, VDR-Handbuch
Wuenschel.Wolfgang@vdr-rlp.de

Dafür hat sich der VDR eingesetzt: Gefahr einer Absenkung des Eingangsamts ist gebannt

In einer Presseerklärung vom 11.2.2011 teilt das Bildungsministerium mit, dass „parallel zur Einführung der Schulstrukturreform der neue Ausbildungsweg für das Lehramt an Realschulen plus eingeführt wurde und alle Absolventen künftig einheitlich in die Besoldungsgruppe A 13 (bisher: Realschullehramt) eingestuft werden;

(D.h. für alle Studierenden, die nach dem Start der Lehrerbildungsreform 2007 ihre Ausbildung aufgenommen haben, gibt es keine Ausbildung mehr zum Hauptschullehramt oder zum Realschullehramt, sondern im Master-Studium eine Ausbildung für das Lehramt an Realschulen plus.)“

Langjährige VDR-Forderung steht vor dem Ziel! Aufstiegsmöglichkeit nach A12 Z oder A13 Z

In einer Presseerklärung vom 11.2.2011 weist das Bildungsministerium darauf hin, dass „im Zuge der Dienstrechtsreform, die voraussichtlich Anfang 2012 in Kraft tritt, für Lehrkräfte mit einer Ausbildung für das Lehramt an Grund-, Haupt-, Real- oder Förderschulen eine neue Aufstiegsmöglichkeit geschaffen wird; (Konkret soll für Lehrerinnen und Lehrer mit einer Ausbildung für das Grund- und das Hauptschullehramt (A 12) oder für das Förderschul- und das Realschullehramt

(A 13) eine zusätzliche Beförderungsmöglichkeit geschaffen werden, ohne diese an eine Funktionsstelle zu binden. Zunächst sollen zehn Prozent der Lehrerinnen und Lehrer mit der Lehramtsausbildung für die Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen die Chance bekommen, in die Besoldungsgruppen A 12 Z beziehungsweise A 13 Z aufzurücken, das wären rund 2.000 Lehrkräfte des bisherigen gehobenen Dienstes.)“

dbb-Lehrerverbände

Beck: Qualität in der Schule bleibt gemeinsames Ziel

Die Qualitätssicherung des Unterrichts sowie gute Rahmenbedingungen für Schulen sehen Landesregierung und die Lehrerverbände im Deutschen Beamtenbund (dbb) Rheinland-Pfalz als gemeinsame Aufgabe in jeweiliger Verantwortung. Diese Themen standen im Mittelpunkt des Gesprächs der fünf Landesvorsitzenden der Lehrerverbände im dbb rheinland-pfalz mit Ministerpräsident Kurt Beck und Bildungsministerin Doris Ahnen in der Staatskanzlei am 17. Januar 2011 in Mainz.

Die Verbandschefs, die etwa drei Viertel der organisierten rheinland-pfälzischen Lehrkräfte vertreten, trugen ihre gemeinsamen Kernanliegen vor. Dazu überreichten sie ein Positionspapier zu den wichtigsten gemeinsamen Themenbereichen in der Bildungsdiskussion: Beamtenstatus, Nachwuchsgewinnung, Lehrerbildung, Unterrichtsversorgung und Lehrergesundheit. Ministerpräsident Kurt Beck hob hervor, dass Rheinland-Pfalz über ein differenziertes Schulsystem verfüge, bei dem die Wahlfreiheit der Eltern und die Durchlässigkeit zentrale Kriterien seien.

Ministerpräsident Beck bekräftigte das Ziel der Landesregierung, vom Schuljahr 2011/2012 an bis 2014 die Schülerzahl pro Grundschulklasse von maximal 30 auf 24 zu senken. Zudem sollen bis 2016 die fünften und sechsten Klassen aller Schularten höchstens 25 Schüler zählen. Die Lehrerverbände begrüßten die Pläne und thematisierten auch die Fortschreibung in höheren Klassen.

Einigkeit zwischen den Gesprächsteilnehmern bestand darin, dass der Lehrerberuf attraktiv sein muss, um



vlr.: Ministerpräsident Kurt Beck, Landesvorsitzender Ulrich Brenken (Verband der Lehrer an berufsbildenden Schulen), Landesvorsitzender Bernd Karst (Verband Deutscher Realschullehrer), Landesvorsitzender Malte Blümke (Philologenverband), Bildungsministerin Doris Ahnen, Stv. Landesvorsitzender Jürgen Kettner (Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen), Stv. Landesvorsitzender Gerhard Bold (Deutscher Beamtenbund), Landesvorsitzender Johannes Müller (Verband Bildung und Erziehung)

auch künftig qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen. Ministerin Ahnen wies darauf hin, dass das Land zu Beginn dieses Schuljahres 760 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt habe. Heute beschäftige das Land 5.000 Lehrerinnen und Lehrer mehr als vor zehn Jahren.

Die Landesvorsitzenden der dbb Lehrerverbände problematisierten speziell die fächerspezifische Unterrichtsversorgung. Ministerpräsident Beck bestätigte, dass ihm diese auch für die Berufsbildenden Schulen ein wichtiges Anliegen sei.



dbb
beamtenbund
und tarifunion
landesbund
rheinland-pfalz

Fachoberschule an der Realschule plus: Info-Veranstaltung des Ministeriums an der Fachhochschule Bingen

Die Fachoberschule – ein weiteres Bildungsangebot zur Fachkräftesicherung

80, 110, 120, 150, 200 und 350 – mit diesem Zahlenrätsel eröffnete Staatssekretärin Vera Reiß die diesjährige Informationsveranstaltung über die Fachoberschule. 27 Schulen und 12 Kreis- und Stadtverwaltungen waren am 24. November 2010 an die Fachhochschule Bingen gekommen, um mehr über das Antragsverfahren zur Errichtung von Fachoberschulen an Realschulen plus zu erfahren.

Die Staatssekretärin ließ die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht lange im Unklaren über ihr Zahlenrätsel. Bei den sechs Zahlen handele es sich um die Besucherzahlen bei den Informationsabenden an sechs der insgesamt zwölf Realschulen plus, an denen zum Schuljahr 2011/12 eine Fachoberschule angegliedert wird. Für die Staatssekretärin waren die Zahlen ein eindeutiger Hinweis, dass das Angebot der Fachoberschule „auf hohes Interesse bei Schülerinnen und Schülern sowie de-

ren Eltern stößt“. Reiß erläuterte nachdrücklich, warum in Rheinland-Pfalz die Fachoberschule, also eine Schulform aus dem berufsbildenden Bereich, im organisatorischen Verbund mit der Realschule plus geführt wird. So verwies sie auf den zunehmenden Bedarf an Absolventinnen und Absolventen mit höheren Qualifikationen, wie zum Beispiel einer Studienberechtigung, wie ihn auch die OECD, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung,

in ihrem Bildungsbericht 2010 festgestellt hat. Nur durch gut qualifizierten Nachwuchs könne der durch den demografischen Wandel absehbare Fachkräftemangel in der mittelständischen Wirtschaft gedeckt werden.

Ebenso müsse die Realschule plus als gleichberechtigte Schulart in einem zweigliedrigen Schulsystem, ebenso wie die Gymnasien, die Integrierten Gesamtschulen oder die berufsbildenden Schulen, ein eigenes Angebot aus dem Bereich der Sekundarstufe II vor-



Vera Reiß, Staatssekretärin:
Fachoberschule stößt auf hohes Interesse



Prof. Dr.-Ing. Klaus Becker, Präsident der FH Bingen,
begeisterte bereits die Besucher des 2. VDR- Fachkongresses in Ingelheim

halten. Nur so nähmen die Eltern die Realschule plus als ein aufstiegsorientiertes Bildungsangebot wahr, das für sie und ihre Kinder eine attraktive Alternative im allgemeinbildenden Schulsystem zum Gymnasium darstelle. Mit der Realschule plus, der zweijährigen Fachoberschule an der Realschule plus und, falls gewünscht, einem weiteren Schuljahr in der Berufsoberschule II an den berufsbildenden Schulen gelangt man in dreizehn Jahren zu einem Abitur, betonte die Staatssekretärin, das dem der gymnasialen Oberstufe gleichwertig sei. „Dieses Zeugnis der Hochschulreife schließt, sozusagen als Alleinstellungsmerkmal, grundlegende Erfahrungen aus einer beruflichen Praxis ein“, erläuterte Reiß.

Doch auch bereits mit dem Abschluss der Fachoberschule, der allgemeinen Fachhochschulreife, stünden den Jugendlichen hervorragende Chancen offen wie der Beginn einer beruflichen Ausbildung, die höhere Einstiegsqualifikationen voraussetze, die Aufnahme eines dualen Studiums mit dem Verbund aus Lehre und Studium oder den Besuch der Fachhochschule. Deren Vorzüge, gerade in Bezug auf interessante und auch gut bezahlte berufliche Positionen, hatte vor dem Vortrag der Staatssekretärin der Präsident der gastgebenden Fachhochschule Bingen, Prof. Dr.-Ing. Klaus Becker, herausgestellt. Er wies auf den zunehmenden Bedarf an Hochschulabsolventinnen und -absolventen zum Beispiel in den

Ingenieurwissenschaften hin. Becker zog den Bogen vom Wahlpflichtbereich der Realschule plus über die Fachrichtungen der Fachoberschule zu den Studienfächern der rheinland-pfälzischen Fachhochschulen. Gemeinsam sei allen drei Einrichtungen die auch von Seiten der Wirtschaft und der Industrie gewünschte Verbindung zwischen beruflicher Praxis und theoretischer Bildung.

Quelle:
MBWJK 29.11.2010
<http://schulstrukturentwicklung.rlp.de/>



Wolfgang Häring
Pressesprecher
Ref.: Fachoberschule (FOS)
Haering.Wolfgang@vdr-rlp.de

VDR und IHK für eine leistungsstarke Realschule plus

Die Realschule plus mit „starken Inhalten“ ist eine attraktive Alternative zum Gymnasium. Sowohl die Industrie- und Handelskammer als auch der VDR sind sehr daran interessiert, dass reale Bildung in allen Schulformen Eingang findet. Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Betrieben hat in der Realschule Tradition und wird künftig einen noch höheren Stellenwert einnehmen, so das gemeinsame Fazit eines Gespräches am 7. Dezember in Mainz. Mit Blick auf die FOS könne das gelenkte Praktikum in der Klasse 11 auch Ansporn für eine duale Ausbildung im Anschluss an die Fachhochschulreife sein.

Von Seiten der IHK waren Markus Kleefisch (IHK Trier), Theo Welter (IHK Rheinhessen), Michael Böffel (IHK Pfalz) und Manfred Göbel (IHK Koblenz) vertreten. Der VDR-Landesvorstand wurde repräsentiert durch den Landesvorsitzenden Bernd Karst, seinen Stellvertreter Wilfried Rausch und Timo Lichtenthäler.

Große Gemeinsamkeit beider Gesprächspartner bestand in der Auffassung, dass die Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler gefordert und gesichert und verstärkt werden muss, Zeugnisse flächendeckend aussagekräftig sind und eine angemessene Qualität ausweisen. Um diesen Standard zu erreichen, unterstütze die IHK die vom VDR geforderte zentrale Abschlussprüfung.



Timo Lichtenthäler
Ref.: Delegierte, Newsletter,
Integration / Inklusion
Lichtenthaeeler.Timo@vdr-rlp.de



Wilfried Rausch (Stv. Landesvorsitzender VDR), Michael Böffel (Geschäftsführer Ausbildung IHK Pfalz), Bernd Karst (Landesvorsitzender VDR), Markus Kleefisch (Geschäftsführer Aus- und Weiterbildung IHK Trier), Theo Welter (Geschäftsführer Ausbildung der IHK Rheinhessen), Timo Lichtenthäler (Landesvorstand VDR) und Manfred Göbel (Abteilungsleiter Aus- und Weiterbildung IHK Koblenz)

Neue Fachoberschulen und Fachhochschulen vereinbaren intensive Zusammenarbeit

Die Fachhochschulen (FH) und die neuen Fachoberschulen (FOS) in Rheinland-Pfalz wollen in Zukunft eng zusammenarbeiten, um Jugendliche besser und gezielter über die beruflichen Ein- und Aufstiegsmöglichkeiten durch ein praxisnahes Schul- und Studienangebot zu informieren. Diese Absprache trafen die Präsidentin und die Präsidenten der sieben staatlichen Fachhochschulen (FH) und die Schulleitungen der zwölf Realschulen plus, an denen zum kommenden Schuljahr erstmals eine FOS organisatorisch angebunden wird.

„Das Bildungsangebot an den rheinland-pfälzischen Fachhochschulen deckt ein breites Spektrum an zukunftsorientierten Studiengängen ab, die ebenso wie die Universitäten sowohl zum Bachelor- als auch zum Masterabschluss führen“, erklärte Prof. Dr. Konrad Wolf (FH Kaiserslautern) als Sprecher der rheinland-pfälzischen Fachhochschulen. Mit einem strukturierten Studienverlauf und interaktiven Lehr- und Lernformen führten sie in angemessener Zeit zu Studienabschlüssen, nach denen auf dem Arbeitsmarkt eine rege Nachfrage herrscht. Weiterhin böten die Fachhochschulen mit ihrer praxisorientierten Lehre und ihrer anwendungsnahen Forschung Absolventinnen und Absolventen der Fachoberschulen einen idealen Studieneinstieg, mit dem sie in der Regel nahtlos an ihr Wissen und ihre Erfahrungen aus der Schulzeit anknüpfen könnten. Rheinland-Pfalz eröffnet im Rahmen der Schulstrukturreform Realschulen

plus und deren Schulträgern die Möglichkeit, Fachoberschulen organisatorisch anzuschließen. Somit kann auch über die Realschule plus ein Zugang zur Hochschulreife erreicht werden. ... Der für Hochschulen zuständige Staatssekretär, Michael Ebling, erinnerte daran, dass die sieben rheinland-pfälzischen Fachhochschulen mit ihren Dependancen in der Fläche verankert seien, enge Beziehungen zu ihrem regionalen Umfeld pflegten und so auch ein wohnortnahes Studium mit hervorragenden Berufsaussichten ermöglichen. ... „Die Angebote der Fachoberschule und der Fachhochschule sind hervorragende Instrumente, um in Zeiten des demographischen Wandels für unsere mittelständische Wirtschaft hochqualifizierte Fach- und Führungskräfte zu gewinnen“, so der Staatssekretär. Deshalb werde die Landesregierung in Zukunft noch stärker Eltern sowie Schülerinnen und Schüler über das breite und attraktive Studienangebot der Fachhochschulen – von der

Technik über Wirtschaft, Informatik, Gestaltung bis hin zu sozialen Berufen – informieren.

Seine für Schulen zuständige Kollegin, Vera Reiß, unterstrich die enge inhaltliche Verbindung zwischen den schulischen Angeboten der Realschule plus und der Fachoberschulen sowie den Studiengängen der Fachhochschulen, die alle eine starke Praxisorientierung, gepaart mit der Vermittlung von umfassendem Allgemeinwissen und fachtheoretischen Kenntnissen aufwiesen. „Mit der Realschule plus und ihrem Wahlpflichtbereich, der Fachoberschule mit ihren beruflichen Inhalten und der Fachhochschule mit ihrer Anwendungsorientierung halten wir in Rheinland-Pfalz zukünftig ein durchgängiges Qualifizierungsangebot vor, das an Attraktivität und Berufschancen keinen Vergleich zu scheuen braucht“, stellte Vera Reiß abschließend fest.

Auszug aus der Pressemitteilung des MBWJK vom 04.02.2011

Im nächsten Heft lesen Sie unter anderem...

... was der VDR zur neuen „Landesverordnung über die Anerkennung von Hochschulprüfungen als Erweiterungsprüfung zur Ersten Staatsprüfung für Lehrämter“ zu sagen hat, und was das mit Darstellendem Spiel zu tun hat.



...eine Initiative zum Thema „Schwarzes Brett“



... wie die Antworten auf die häufig gestellten Fragen zur FOS lauten und wie Nils Nager die FOS erklärt



„Die Realschule plus wird sich besser als erwartet in der Schullandschaft etablieren!“

Landeselternsprecher Rudolf Merod ist überzeugt, dass die Realschule plus sich um die weitere Entwicklung der neuen Schulart keine Sorgen machen muss. Eltern werden die pädagogische Arbeit der Realschule plus schätzen lernen und besonders anerkennen, dass sie den Kindern vielfältige Aufstiegs-möglichkeiten bieten kann.

Landesvorsitzender Bernd Karst führte am 20. Januar gemeinsam mit seinen Vorstandsmitgliedern Wilfried Rausch und Timo Lichtenthäler in der Rochus Realschule plus in Bingen ein Gespräch mit Rudolf Merod, Sprecher des Landeselternbeirats, Dr. Thorsten Ralle, Stellvertretender Landeselternsprecher, und Marion Berres, Vertreterin der Realschulen plus im Landeselternbeirat.

In einem sehr intensiv geführten Gespräch tauschten die Gesprächspartner ihre Positionen in grundlegenden Fragen zu Bildung, Schule und Erziehung aus. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die neue Schulart Realschule plus.

Schulentwicklungsprozesse gehören nach Überzeugung des Landeselternsprechers zu den zentralen Aufgabebereichen einer Schule. Schule sei kein starres System. Schulen müssten sich den veränderten Gegebenheiten anpassen. Am ehesten könnten die Schulen ihre Aufgaben in Selbstverwaltung bewältigen. Dazu sei es nötig, die Schulleitung zu stärken.

Bernd Karst stellte heraus, dass sich Schule ohne die vertrauensvolle Zu-



Dr. Thorsten Ralle (LEB), Wilfried Rausch, Marion Berres (LEB), Timo Lichtenthäler, Rudolf Merod (Landeselternsprecher), Bernd Karst

sammenarbeit mit Eltern nicht weiterentwickeln könne. Eltern leisteten in unterschiedlichen Funktionen als Moderatoren, Vermittler, Organisatoren und Erziehungspartner in den Schulen wichtige Arbeit.

In zentralen Fragen schulischer Bildung stellten Eltern- wie auch Verbandsvertreter große Übereinstimmung fest: Das Kerngeschäft jeder Schule, nämlich Unterricht, dürfe in der Realschule plus nicht zu kurz kommen. Die Leistungsanforderungen dürften in der neuen Schulart nicht abgesenkt werden. Leistung müsse ei-

nen hohen Stellenwert erhalten. Den besonderen Herausforderungen in den Realschulen plus müsse durch Verbesserungen der Rahmenbedingungen Rechnung getragen werden.

Die Elternvertreter bekundeten Respekt über die von den Lehrkräften an den Realschulen plus bisher geleistete Entwicklungsarbeit.

Eltern- wie Verbandsvertreter vereinbarten weitere Gespräche.



Wilfried Rausch

Stv. Landesvorsitzender
Ref.: Dienst- und Schulrecht
Rausch.Wilfried@vdr-rlp.de

Kooperationsveranstaltung von VDR und SCHULEWIRTSCHAFT

Der Umgang mit Heterogenität ist für Realschulen plus wie für Gesamtschulen ein Schwerpunktthema. In einer Kooperationsveranstaltung von VDR und der Landesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT sollen dazu Anregungen, theoretische Konzepte und vor allem praktische Beispiele vorgestellt werden.



Lehrerfortbildung Nr. 11LSW0701 Umgang mit Heterogenität im Unterricht - eine praxisorientierte Annäherung -

vom 7. bis 8. April 2011 in Oberheimbach.

Die Leitung liegt bei Michael Eich und Timo Lichtenthäler vom VDR.



Bei Interesse senden Sie bitte eine rosa Fortbildungs-Anmeldekarte direkt an die Landesarbeitsgemeinschaft. Oder melden Sie sich online an über die Homepage www.schulewirtschaft-rp.de, linkes Menü „Anmeldung Online“. Die Teilnahmeplätze werden nach Anmeldungseingang vergeben. Etwa eine Woche vor Seminarbeginn erhalten Sie alle notwendigen Seminarunterlagen.

Verband Deutscher Realschullehrer Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.



3. Fachkongress Realschule plus

Heterogenität und individuelle Förderung, Migration und Integration, Lern- und Motivationsprobleme, Disziplinprobleme, Erziehungsraum, Wertepluralismus, Lernmittelfreiheit, Bildungsgutscheine, Fachunterricht, Projekttag, Kompetenzvermittlung, Wissensvermittlung, Ganztagschule, Medienscouts, Schlüsselqualifikationen, Streitschlichter, Bilingualität, Unmüdigkeit, Leseförderung, Berufswahlhilfe, Inklusion, Lernbegleitung, Suchtprävention, Verbraucherschutz, Keller ohne Anschluss, Laufbahnberatung, Berufseinstiegsbegleitung, Entwicklung von Förderkonzepten, Medienkompetenz macht Schule, Praktikumsbetreuung, Schule ohne Rassismus, Konsumverhalten, Ausbildungsschule, Gewaltprävention, Projekt Erweiterte Selbständigkeit, Berufsorientierung, Lernschwierigkeiten, Lebensraum, Wandertage, Klassenfahrten, Praxistag, Schüleraustausch

Schule - was ist das?

Donnerstag, 17. März 2011 · Ingelheim

Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung, Wilhelm-Leuschner-Str. 61

Programmfolge

09.15 Uhr Stehkafee / Umfrage zum Schulalltag

10.00 Uhr Begrüßung und Einführung

Impulsreferate zum Tagungsthema: Schule - was ist das?

10.30 Uhr **Bildungsministerin Doris Ahnen**

11.00 Uhr Aussprache

11.30 Uhr **Prof. Dr. Rainer Dollase**, Universität Bielefeld, Abt. Psychologie

12.00 Uhr Aussprache

12.30 Uhr Mittagsimbiss

13.30 Uhr Auswertung der Umfrage zum Schulalltag

14.00 Uhr Bilanz und Perspektive:

Austausch über Realschule plus mit

Ulla Brede-Hofmann (SPD), Bettina Dickes (CDU),

Nicole Morsblech (FDP) und Daniel Köbler (GRÜNE)

Diskussionsleitung: Bernd Karst

15.30 Uhr Schlusswort

Die Fortbildungsveranstaltung ist gemäß 2.5 und 4.2 der VV des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend vom 16. 5. 2003 als dienstlichen Interessen dienend anerkannt. Es besteht Unfallschutz.

3. VDR-Fachkongress Realschule plus am 17. März 2011

Schule - was ist das?

Auch im Jahr 2011 lädt Sie der VDR-Landesverband Rheinland-Pfalz ganz herzlich zum VDR-Fachkongress ein. Es ist bereits der dritte Fachkongress, den wir in der bewährten Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung in Ingelheim veranstalten.

Wenn Sie bisher noch nicht die Möglichkeit hatten, an unserem VDR-Fachkongress teilzunehmen, fragen Sie sich vielleicht, was denn dort geboten wird. Auf dem VDR-Fachkongress erwarten Sie Experten aus allen Bildungsbereichen.

Der 3. VDR-Fachkongress am 17. März 2011 steht natürlich auch im Zeichen der rheinland-pfälzischen Landtagswahl. Wir wollen von den Parteien wissen, wie sie Schule sehen und das schier unüberschaubare Aufgabenfeld, das Lehrkräfte zu bewältigen haben.

Neben Staatsministerin Doris Ahnen werden auch die bildungspolitischen Sprecher der SPD, der CDU, der FDP und der Grünen Farbe bekennen müssen.

Überdies referiert Prof. Dr. Rainer Dollase von der Universität Bielefeld zum Tagungsthema.

Zu Beginn der Veranstaltung werden wir unter den Kongressteilnehmern eine Umfrage über die Belastungen im Schulalltag durchführen, die wir bis zum Nachmittag auswerten und deren Ergebnisse wir in den Austausch mit den Parteivertreterinnen und -vertretern einfließen lassen werden.

Anmeldekarten erhalten Sie über Ihre Schule, Sie können aber auch gerne direkt mit uns in Kontakt treten.
Geschäftsführerin Gudrun Deck
Tel.: 06232-79441;
Mail: deck.gudrun@vdr-rlp.de
nimmt Ihre Anmeldung entgegen.

Der Kongress ist als Fortbildungsveranstaltung anerkannt (**PL-Nr. 11ST19001**). Sie erhalten eine Teilnahmebestätigung, so dass Sie Ihre Reisekosten steuerlich geltend machen können, außerdem besteht Unfallschutz. Zum Mittagimbiss und Kaffee laden wir Sie ein.

Einige Schulbuchverlage und eine Versicherungsgesellschaft präsentieren vor der Veranstaltung und in der Mittagspause ihre Produkte.

Die nachstehenden Bilder verdeutlichen, dass sich die Reise nach Ingelheim für Sie lohnen wird!



Das Medieninteresse spricht für den Stellenwert, den der VDR-Fachkongress für die rheinland-pfälzische Bildungslandschaft eingenommen hat.



Prof. Dr. Ing. Klaus Becker, Präsident der Fachhochschule Bingen, beschrieb im letzten Jahr die Fachhochschule als „Premiumkunde“ der Realschule plus und der zukünftigen Fachoberschulen.



Sie werden mit interessierten Kolleginnen und Kollegen aus dem ganzen Land ins Gespräch kommen.



Während der Vorträge, Workshops und Diskussionsrunden begleitet und unterstützt Sie ein kompetentes Moderatoren- und Organisationsteam.



Engagierte Beiträge und konstruktive Kritik sind erwünscht. Der VDR bietet in Ingelheim das Forum dazu.



Sie werden sich einbringen und zum Gelingen der Veranstaltung beitragen können.

Landtagswahl 2011

Wahlprüfsteine zur Bildungs- und Berufspolitik

Der VDR hat den im Landtag vertretenen Parteien und Bündnis 90/ Die Grünen gleich lautende Fragen zu konkreten Themen zur Schul- und Bildungspolitik, zum Arbeitsplatz Schule und zur Berufspolitik gestellt.

Bei der Landtagswahl im März 2011 versuchen die Parteien mit bildungspolitischen Themen und Initiativen zu punkten. Der VDR gibt sich nicht mit wohl formulierten Aussagen der Parteien zur Bildungspolitik zufrieden. Im Dezember haben wir daher den Parteien unsere Wahlprüfsteine vorgelegt.

Der Ausgang der Landtagswahl kann die schulpolitische Landschaft verändern. Bildungs- und Schulpolitik sind Ländersache. Nach jeder Wahl werden in vielerlei

Hinsicht die Karten neu gemischt. Beständigkeit, Akzentverschiebungen oder starke Veränderungen in der Schulpolitik sind durch Wahlerfolge bzw. Wahlverluste möglich. Einen Ausblick auf das, was nach der Wahl in der Bildungspolitik in unserem Land möglich ist, geben uns die nachfolgenden Aussagen der Parteien, die wir synoptisch zusammengestellt haben.

Der VDR empfiehlt allen Lesern, die Synopse der Antworten der Landesparteien auf unsere Fragen kritisch zu lesen und differenziert zu prüfen.

Bei den Landesparteien bedanken wir uns für die schnelle und umfassende Beantwortung unseres umfangreichen Fragebogens.



Schul- und Bildungspolitik

1. Schulstrukturreform

- **Wie will Ihre Partei die aus der Schulreform hervorgegangene Realschule plus stärken?**

SPD

Die Realschule plus ist das Kernstück der Schulstrukturreform und der wichtigste Reformprozess der vergangenen

Jahre. Wir planen wie vorgesehen, die Schulstrukturreform bis 2013 zu Ende zu führen. Die Realschule plus hat mit der abgesenkten Klassenmesszahl von 25 Schülerinnen und Schülern in der Orientierungsstufe, den Differenzierungsstunden für verstärkte individuelle Förderung aus dem Differenzierungspool, dem Angebot an Schulsozialarbeit, das die Hauptschulen mitgebracht haben, dem Koordinator für die Orientierungsstufe sowie der etwaigen pädagogischen Leitung für die Fachoberschule gute Voraussetzung, ein gutes Angebot zu unterbreiten. Uns ist sehr an einem Erfolg dieser Schulart gelegen, da sie sich durch Durchlässigkeit, Berufsorientierung und Aufstiegsorientierung auszeichnet sowie dem Schulversuch „Keiner ohne Abschluss“. Gerade die Ansiedlung der Fachoberschule an einigen Standorten wird das Ansehen der Realschule plus erhöhen. Die Anmeldezahlen zeigen, dass die Realschule plus von Seiten der Eltern akzeptiert ist.

CDU

Wir wollen die Realschule plus nachhaltig stärken. Grundlage hierfür ist für uns die rechtliche und organisatorische Gleichbehandlung mit der Gesamtschule. Zudem ist es uns ein

Anliegen, das praxisorientierte Profil der Realschule plus und auch der Gesamtschule hervorzuheben. Deshalb werden wir für die Schüler, die den Berufsreifebildungsgang besuchen, ab der 8. Klasse wöchentlich zwei Praxistage einführen. Wir werden zudem deutlich machen, dass keine Schulart in Rheinland-Pfalz eine Sackgasse darstellt. Deshalb gehört zu jeder Realschule plus und Gesamtschule für uns eine Oberstufe. Zudem halten wir es für notwendig, den besonderen Förderungs- und Differenzierungsbedarf der Realschulen plus durch eine Reduktion der Klassenmesszahlen und einer Anhebung der Förderkontingente Rechnung zu tragen.

FDP

Die eingeleitete Schulstrukturreform lässt sich nicht zurücknehmen. Daher ist der Blick nach vorne zu richten. Die Probleme und Schwächen der Realschulen plus müssen jedoch gelöst werden.

Viele Familien können ihrer Erziehungsaufgabe nicht mehr angemessen gerecht werden. Dies wird von der Realschule plus mit ihrem bisher geplanten Profil nicht aufgefangen werden. Die FDP in Rheinland-Pfalz hat mit

der ehemaligen Dualen Oberschule vor mehr als 10 Jahren eine erfolgreiche Alternative für Schülerinnen und Schülern mit Haupt- und Realschulprofil geschaffen. Damit das Erlangen der Berufsausbildungsreife erfolgreich wird, sollen bewährte Elemente aus der ehemaligen Dualen Oberschule in das Profil der Mittelstufe der Realschule plus übernommen werden. Gleichzeitig werden auch Wege zu höheren Schulabschlüssen ermöglicht.

Bislang haben fehlende Förder- und Motivationsmaßnahmen in nicht hinnehmbarem Umfang zu Wiederholungs- und Qualifizierungsschleifen geführt, die bei einer von der FDP angestrebten stärkeren Praxisorientierung verschwinden werden.

Für alle Eltern wird gleichzeitig die berufliche Bildung deutlich früher als gleichwertige Alternative zum allgemeinbildenden Gymnasium erkennbar, wodurch sicher mancher Umweg vermieden werden kann. Der zusätzliche Lehrbedarf aufgrund des Unterrichtsausfalls muss sichergestellt werden.



Klar ist, dass wir Reformen im Bildungssystem brauchen, die vermeintliche Abschaffung von Schulformen durch das Austauschen von Türschildern brauchen wir nicht. Wir brauchen gute Schulen, eine gute Bildungsqua-

„Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz“*

Mehr als 250 000 Schülerinnen und Schüler besuchen die Sekundarstufe I

In der Sekundarstufe I wurden im Schuljahr 2009/10 insgesamt 252 129 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Das waren 1,5 Prozent weniger als im Schuljahr 1999/2000. ... (S. 27)

*aus 2009.
Quelle: Stat. Landesamt RLP
Nr. 19/2011. Auswahl: Dr. Peter Bung, VDR-Bildungsreferent

lität und mehr Bildungsgerechtigkeit und müssen dafür die Rahmenbedingungen verbessern.

Für mehr Bildungsgerechtigkeit brauchen wir Schulen, die allen Kindern gleiche Bildungschancen bieten und eine frühe Selektion vermeiden. Die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes und längeres gemeinsames Lernen sind dabei von zentraler Bedeutung. Die PISA-Sieger aus Finnland zeigen uns, wie ein modernes, leistungsfähiges und gerechtes Bildungssystem funktionieren kann. Sich an den erfolgreichen Ländern zu orientieren, wird die Aufgabe aller bildungspolitisch Verantwortlichen in Rheinland-Pfalz sein.

Die aus der Schulstrukturreform hervorgegangene Realschule Plus bietet in der integrierten Form dafür die besseren Chancen. Heterogene Lerngruppen bieten die Chance, Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Begabung gleichermaßen zu stärken. Daher muss es vornehmlich die Aufgabe sein, die darin unterrichtenden Lehrkräfte durch Fortbildungen hinreichend darin zu stärken, nicht nur die Vorteile heterogener Lerngruppen für jeden einzelnen Schüler zu erkennen, sondern auch durch angemessene Unterrichtsmethoden und Bereitstellung entsprechender Unterrichtsmaterialien jede Schülerin und jeden Schüler individuell zu fördern.

2. Fachoberschule

- **Wie muss nach den Vorstellungen Ihrer Partei die Fachoberschule an der Realschulen plus ausgestaltet werden?**



Die Fachoberschule ist ein wichtiger Bestandteil der Realschule plus. Sie bietet Aufstiegsorientierung und ist eine sinnvolle Ergänzung zum bestehenden Angebot der berufsbildenden Schule, insbesondere dort, wo dieses Angebot in räumlicher Nähe nicht zur Verfügung steht. Die Fachoberschulen



Ministerpräsident Kurt Beck
Spitzenkandidatin der SPD:

"Wir bleiben bei einem vielschichtigen Schulsystem in Rheinland-Pfalz. Wir haben das differenzierteste Schulsystem in ganz Deutschland mit vielen Möglichkeiten".

brauchen dem gewählten Profil entsprechende räumliche und sächliche Ausstattung. Für die FOS wird es einen Koordinator oder eine Koordinatorin geben, der/die den Fachschwerpunkt (oder bei zwei Fachrichtungen einen der Fachschwerpunkte) mit seinem Fach vertritt. Des Weiteren wird der Unterricht von Lehrkräften mit dem Lehramt Sekundarstufe II (berufsbildende Schule bzw. Gymnasiallehrer) oder von Realschullehrkräften erteilt, die ab dem 1. Februar an einer Qualifizierungsmaßnahme teilnehmen und mittelfristig die Aufstiegsprüfung anstreben müssen.



Für uns ist die Fachoberschule im Verbund mit einer Realschule plus eine Möglichkeit, die Durchlässigkeit einer differenzierten Schullandschaft zu verstärken. Unserer Ansicht nach muss jedoch darüber hinaus flächendeckend die personelle, organisatorisch und pädagogische Verzahnung von Realschulen plus und Bildungsangeboten der Sekundarstufe II deutlich ausgebaut werden.



Das Angebot einer Fachoberschule ist eine Schulform der Berufsbildenden

Schule. Der Abschluss der Fachhochschulreife an der Realschule plus kann nur in Kooperation mit der Berufsbildenden Schule realisiert werden.

Auch die Einrichtung weiterer Fachoberschulen soll nach Absprache und in Kooperation mit betreffenden Berufsbildenden Schulen erfolgen.

Die auch von der zuständigen Ministerin zugesagte regionale Verträglichkeit ist in den Augen der FDP bei einer weiteren Ausdehnung von Fachoberschulen an Realschulen plus gefährdet, wenn zum Teil dieselben Angebote vorgehalten werden, wie an BBS'en, die sich in unmittelbarer Nähe befinden.

Auch die Frage nach den benötigten Lehrerstellen darf bei der Bewertung bezüglich der Einrichtung weiterer Fachoberschulen nicht unberücksichtigt bleiben. Eine weitere Belastung zu Ungunsten der Berufsbildenden Schulen kann unsere Zustimmung nicht finden. Die Landesregierung bleibt deshalb aufgefordert, hierbei schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen und verstärkt den Kontakt zu BBS'en zu suchen, in deren Umgebung potentiell neue Fachoberschulen entstehen könnten.

Landtagswahlen Rheinland-Pfalz 1947–2006 (in % der Stimmen)					
Jahr	SPD	CDU	FDP	Grüne	Sonstige
1947	34,3%	47,2%	9,8%	–	8,7%
1951	34,0%	39,2%	16,7%	–	10,1%
1955	31,7%	46,8%	12,7%	–	8,8%
1959	34,9%	48,4%	9,7%	–	7,0%
1963	40,7%	44,4%	10,1%	–	4,8%
1967	36,8%	46,7%	8,3%	–	8,2%
1971	40,5%	50,0%	5,9%	–	3,5%
1975	38,5%	53,9%	5,6%	–	1,9%
1979	42,3%	50,1%	6,4%	–	1,2%
1983	39,6%	51,9%	3,5%	4,5%	0,5%
1987	38,8%	45,1%	7,3%	5,9%	2,9%
1991	44,8%	38,7%	6,9%	6,4%	3,2%
1996	39,8%	38,7%	8,9%	6,9%	5,7%
2001	44,7%	35,3%	7,8%	5,2%	6,9%
2006	45,6%	32,8%	8,0%	4,6%	9,0%



Die an den Realschulen plus angegliederten Fachoberschulen ermöglichen den Absolventen des Abschlusses der Sekundarstufe I die Möglichkeit, je nach gewählter Fachrichtung der Fachoberschule (Wirtschaft und Verwaltung, Technik oder Gesundheit) dort die Fachhochschulreife zu erwerben oder nach einem Wechsel an die Berufsoberschule auch noch die fachgebundene oder allgemeine Schulschulreife. Die innere Ausgestaltung der Fachoberschule sollte abhängig von den regionalen Bedingungen in großer Freiheit im Zusammenwirken von Schulträger und Schule stehen.

die Schulstrukturreform sorgsam und in Ruhe abzuschließen. Nachdem die Orientierungsstufe in der Realschule plus bereits seit Bestehen dieser Schulart eine abgesenkte Klassenmesszahl von 25 Schülerinnen und Schülern hat, werden wir diese Verbesserung bis 2016 auch auf die Orientierungsstufen der anderen weiter führenden Schulen sowie auf die Berufsfachschule I und II ausweiten. Auch die Grundschulen werden bis 2014 eine reduzierte Klassenmesszahl von 24 Schülerinnen und Schüler bekommen. Um Familien weiter zu entlasten werden wir des Weiteren die Elternbeiträge zur Schülerbeförderung abschaffen. Die den Kommunen dadurch entstehenden Einnahmeausfälle wird das Land übernehmen. Den Integrationsauftrag, der uns durch die UN-Behindertenrechtskonvention erteilt wurde, werden wir sensibel und mit Bedacht weiter entwickeln. Bedarfsgerecht werden wir die Zahl der Ganztagschulen erhöhen und vor allem dabei auch die Kooperationen mit außerschulischen Partnern intensivieren. Zudem wird die Reform der Lernmittelfreiheit in allen Schularten umgesetzt. Das erfolgreiche Programm „Medienkompetenz macht Schule“ soll Schritt für Schritt auf alle Schulen übertragen werden.

„Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz“*

Gut 460.000 Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen

Zu Beginn des Schuljahres 2009/10 besuchten insgesamt 460.014 Schülerinnen und Schüler die 1.590 allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Das waren 26.584 Kinder und Jugendliche weniger als noch vor zehn Jahren (-5,5 Prozent). Im Schuljahr 2009/10 waren bereits zum sechsten Mal in Folge sinkende Schülerzahlen zu verzeichnen. ... (S. 23)

*aus 2009.
Quelle: Stat. Landesamt RLP Nr. 19/2011. Auswahl: Dr. Peter Bung, VDR-Bildungsreferent

3. Reformpläne

- Welche bildungspolitischen Vorstellungen beabsichtigt Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode umzusetzen?



Wir werden den betroffenen Schulen und Schulträgern die Zeit geben, um



Wir vertreten die Ansicht, dass das rheinland-pfälzische Schulsystem vor allem Ruhe und Kontinuität braucht. Deshalb lehnen wir grundsätzliche und weittragende Reformen für die nächsten Jahre ab. Wir setzen großes Vertrauen in die pädagogischen und fachlichen Kompetenzen unserer Schulen. Wir bauen auf die kleinen Reformen vor Ort und die Kreativität unserer Lehrerkollegien, Schulleitungen und Eltern. Hierfür wollen wir mehr Freiräume schaffen.



Vorrangiges Ziel einer liberalen Landespolitik ist es, Rheinland-Pfalz zum Bildungsland Nr. 1 in Deutschland zu machen.

Bildung und Erziehung sind mehr denn je existenzielle Grundlage jedes Einzelnen und die zentralen Garanten für eine gute Zukunft in einer pluralistischen Gesellschaftsordnung.

Ein Schwerpunkt der Bildungspolitik der FDP wird in der kommenden Legislaturperiode vor allem die Sicherung eines differenzierten Schulsystems sein, denn unsere gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verlangen eine Vielfalt im schulischen Bildungsangebot. Die kräftezehrenden, teuren, zeitaufwendigen und immerwährenden Strukturdebatten müssen endlich beendet werden. Eltern, Schüler und Lehrer brauchen Verlässlichkeit und nicht immer neue Experimente. Die Lehrer müssen sich auf das Wesentliche konzentrieren können – einen guten Unterricht.

Die FDP lehnt den Weg zur Einheitschule ab und bewertet ihn als Zeichen bildungspolitischer Inkompetenz. „Länger gemeinsam lernen“ führt nicht automatisch zu einem besseren Lernerfolg. Die Nivellierung der Qualität von Bildung ist die Folge.

Die FDP will deshalb die bestehenden Schulformen garantieren. Dafür streben wir eine Änderung der rheinland-pfälzischen Verfassung an, indem wir das bestehende Schulsystem dort fest etablieren.

Die Umsetzung einer „echten“ Eigenverantwortung von Schulen bedeutet einen fundamentalen Systemwechsel im Schulsystem: damit verabschiedet man sich grundsätzlich vom Glauben an eine zentrale Verwaltung mit steilen Hierarchien und detaillierter Steuerung. Zukünftig gilt: Die eigenverantwortliche Schule vermag am besten zu beurteilen, wie sie ihren vom Staat gesetzten Bildungsauftrag erfüllen kann und sie ist deshalb primär auch dafür verantwortlich.

Der Schritt in die Eigenverantwortung ist weit mehr als eine Organisationsveränderung: Er ist ein Schritt hin zu neuen Formen des Unterrichtens und Erziehens, zu mehr Individualisierung und Kreativität.

Eigenverantwortung bedeutet einen wirklichen Paradigmenwechsel innerhalb der Schulen, aber in besonderer Weise auch in der Schulverwaltung und in ihrem Verhältnis zu den Schulen und ihren Leitungen. Bisher geltende Erlasse müssen so weit wie möglich aufgehoben und ihr Inhalt in die Entscheidungsbefugnis der Schulen gestellt werden.

In einem schulbezogenen Profil soll jede Schule ihr eigenes – über die Pflichtangebote hinausgehendes – fachliches und pädagogisches Programm entwickeln können. Die Genehmigungsvorbehalte der Schulbehörde gegenüber den Schulen werden im Interesse einer schulischen Planungssicherheit und zur Profilbildung abgebaut.

Dieses ganzheitliche Verständnis von Schule als Gemeinschaft auf Zeit verlangt einen möglichst breiten Konsens aller Beteiligten. Die Schulqualität, ihre Sicherung und Entwicklung hängt davon ab, wie dieser Konsens zwischen Eltern-, Lehrer-, Schülerschaft sowie dem außerschulischen Umfeld hergestellt wird. Alle an Schule Beteiligten tragen gemeinsam die Verantwortung für gelingendes Lernen und den Lebensraum Schule. Diese gemeinsame Verantwortung soll im schulischen Alltag genauso realisiert werden, wie im Rahmen von Entscheidungsprozessen und Strukturen schulischer Gremien.



Julia Klöckner, MdB
Spitzenkandidatin der CDU:

„Wir wollen nicht für jeden das Gleiche, sondern für jeden das Beste. Die Utopie des längeren gemeinsamen Lernens und der Einheitsschule gehen zu Lasten unserer Kinder! Wo Bildung drauf steht, muss Wissen drin sein!“



Auf dem Weg zu einem gerechteren und besseren Schulsystem in Rheinland-Pfalz wollen wir GRÜNEN den Ausbau von integrierten Gesamtschulen voranbringen. Wir setzen dabei auf eine Schulreform „von unten“. Wenn die Anmeldezahlen für Integrierte Gesamtschulen das Angebot übersteigen, muss das Land für einen Ausbau dieser Schultypen sorgen. Auch wenn Gemeinden mit der Einrichtung neuer Gesamtschulen die Chance nutzen wollen, wohnortnah alle Schulabschlüsse unter einem Dach anzubereiten, muss das Land diese Entwicklung unterstützen.

4. Ganztagschule

- **Welches Konzept zur Ganztagschule hat Ihre Partei?**



Die 2002 eingeführte Ganztagschule ist ein Erfolg, auch aufgrund der hohen Qualitätsmaßstäbe, die sich Rheinland-Pfalz selbst gesetzt hatte. Wir begrüßen die hohe Beteiligung an den bislang 537 Ganztagschulen und wer-

den daher das Angebot an Ganztagschulen in Angebotsform auch in der kommenden Wahlperiode ausweiten. Dafür wurde bereits der entsprechende Ansatz im Haushalt 2011 erhöht. Da wir den Elternwillen respektieren, stehen wir zu dem Prinzip der Freiwilligkeit. Gleichwohl erkennen wir die Vorteile eines rhythmisierenden Ganztagsunterrichts an und begrüßen die gestiegene Zahl der Ganztagsklassen.



Christdemokratische Politik in Rheinland-Pfalz steht für einen weiteren bedarfsorientierten Ausbau der Ganztagschule. Wir wollen ferner das Ganztagschulkonzept flexibilisieren, so dass außerschulische Kooperationspartner wie zum Beispiel Vereine und Verbände nicht bloß als Dienstleister im Nachmittagsbereich in Anspruch genommen werden. Wir werden auch zukünftig die Möglichkeit erhalten, parallel zum Ganztagsschulangebot, ehrenamtliche Tätigkeiten zu ermöglichen.



Alle Schulen können in eigener Verantwortung Ganztagsschulangebote einrichten. Dazu sind entsprechende Mittel zwischen Land und Schulträger abgestimmt bereitzustellen. Die Form eines rhythmisierten Ganztagsprogramms ist verbindlich einzuführen.



Wir wollen die Ganztagschulen im Land weiter ausbauen, denn erfolgreiche individuelle Förderung braucht Zeit und ist deshalb am Besten in Ganztagschulen umzusetzen. Echte und gute Ganztagschulen sind mehr als Vormittagsunterricht plus Nachmittagsbetreuung plus Suppenküche. Besonders Ganztagschulen in rhythmisierter Form bieten die Chance, fächer- und klassenübergreifende Aktivitäten einzubinden. Der musischen Bildung, Sport und Bewegung kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz					
Nr.	Name	Lebensdaten	Partei	Beginn der Amtszeit	Ende der Amtszeit
1	Wilhelm Boden	1890–1961	CDU	13. 06. 1947	9. 07. 1947
2	Peter Altmeier	1899-1977	CDU	1947	1969
3	Helmut Kohl	*1930	CDU	1969	1976
4	Bernhard Vogel	*1932	CDU	1976	1988
5	Carl-Ludwig Wagner	*1930	CDU	1988	1991
6	Rudolf Scharping	*1947	SPD	1991	1994
7	Kurt Beck	*1949	SPD	1994	im Amt

(Quelle > <http://de.wikipedia.org/wiki/Rheinland-Pfalz>)

5. Abschlussprüfung im Berufsreife- und Realschulbildungsgang

- **Welchen Standpunkt nimmt Ihre Partei bezüglich der Forderung nach zentralen Abschlussprüfungen am Ende der Sekundarstufe ein?**



Wir lehnen zentrale Abschlussprüfungen ab. Sie schränken die gesamte Schule bei der Ausbildung eines speziellen Schulprofils sowie die Lehrkraft in ihrer Konzeptionierung des Unterrichts in den Schuljahren vor der Prüfung ein. Sie bergen überdies die Gefahr, dass der Unterricht in diesem Zeitraum zu einem bloßen Lernen für eine Prüfung verkommt zulasten des Gedankens des selbständigen Lernens und Reflektierens.



Die CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz tritt seit Jahren für landeseinheitliche Abschlussprüfungen in allen Bildungsgängen ein. Im Zuge der Schulstrukturreform bekommt dieses Anliegen neuen Auftrieb. Viele Eltern und Lehrkräfte befürchten eine Verwischung der Profile. Zudem ermöglichen verschiedene Schularten und Bildungsgänge die Erreichung gleicher Bildungsabschlüsse. Um hier für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, bedarf es dringend landeseinheitlicher

Abschlussprüfungen. Zudem versprechen wir uns, insbesondere für den Berufsreifeabschluss, eine Steigerung der Akzeptanz bei den Ausbildungsbe-

„Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz“*

Rund 16 Prozent der neuen Auszubildenden verfügen über die Hochschulreife

Der Wandel der Anforderungen des Ausbildungsmarktes sowie das gestiegene Bildungsniveau der Bevölkerung schlugen sich auch in der schulischen Vorbildung der Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger nieder. So lag der Anteil der Anfängerinnen und -anfänger mit mittlerem Abschluss (qualifizierter Sekundarabschluss I) im Jahr 1999 bei 28 Prozent. Über die Hochschulreife verfügten zwölf Prozent, 40 Prozent über keinen oder den Hauptschulabschluss. Im Jahr 2009 betrug der Anteil der neuen Auszubildenden mit mittlerem Abschluss schon 40 Prozent, während 16 Prozent der jungen Menschen ihre Ausbildung nach Erlangen der Hochschulreife begannen. Ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss waren insgesamt 43 Prozent der Anfängerinnen und Anfänger. ... (S. 48)

*aus 2009.
Quelle: Stat. Landesamt RLP Nr. 19/2011. Auswahl: Dr. Peter Bung, VDR-Bildungsreferent

trieben und somit auch bei Eltern und Schülern.



Für alle Bildungsgänge sind ggf. bundes- aber zumindest landesweit zentrale bzw. teilszentrale Abschlussprüfungen zu entwickeln und einzuführen. Dies führt zu einer erhöhten Vergleichbarkeit, Transparenz und sichert die erforderliche Qualität.



Zentrale Abschlussprüfungen können ein verlässlicher Zeiger zur Vergleichbarkeit von Abschlüssen am Ende der Sekundarstufen I sein. Gleichzeitig aber sind sie keine notwendige Einrichtung, um den gewünschten Bildungsstand zu erreichen. Die eingerichteten Vergleichsarbeiten in Klassenstufe 3 und 8 bieten dagegen eher die Möglichkeit, Überprüfungen zur Leistungsverbesserung in den folgenden Jahren zu nutzen.

6. Bildungsinvestitionen

- **Welche Konsequenzen zieht Ihre Partei aus der OECD-Kritik, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Industrieländern zu wenig in Bildung investiert?**



Chancengleichheit und individuelle Förderung verkommen zu hohlen Phrasen, wenn sie nicht mit den entsprechenden finanziellen Mitteln unterfüttert sind. Rheinland-Pfalz ist eines der wenigen Bundesländer, das seine Ausgaben für Bildung seit vielen Jahren stetig erhöht hat. Der Haushalt für das laufende Jahr weist eine Steigerung bei den Ausgaben für Bildung um über 6% auf – bei gleichzeitigen Sparanstrengungen in anderen Bereichen und damit einem Rückgang des Gesamthaushaltsvolumens um ein Prozent. Gleichwohl ist unumstritten, dass an vielen Stellen mehr Investitionen in das Bildungssystem wünschenswert

wären. Die Forderung nach noch besseren Rahmenbedingungen bleibt jedoch so lange unehrlich und greift zu kurz, solange sie nicht im Zusammenhang mit der zurzeit mangelhaften finanziellen Ausstattung der Länder und der Kommunen gesehen und diskutiert wird. Unseriöse und dem Prinzip der Nachhaltigkeit zuwider laufende Konsolidierungsvorschläge, wie z.B. eine Aussetzung oder eine Abschaffung des Pensionsfonds für Beamte, wie von der CDU gefordert, lehnen wir strikt ab.

Wir werden hingegen seriös gegenfinanziert die Klassenmessen in Grundschulen, den Orientierungsstufen der weiterführenden Schulen sowie in der Berufsfachschule schrittweise absenken. Beginnend mit dem kommenden Schuljahr soll an Grundschulen bis 2016 eine Klassenmessenzahl von 24 Schülerinnen und Schülern gelten. In der Orientierungsstufe jener Schularten (Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen), die bislang noch keine Reduzierung der Klassenmessenzahl erfahren hat, wird beginnend mit 2013 die Grenze bis 2016 auf 25 abgesenkt. Die Absenkung entspricht rund 1.000 Lehrkräftestellen und wird möglich, wenn durch den Rückgang der Schülerzahlen frei werdende Ressourcen nicht eingespart, sondern im Schulsystem verbleiben und in diese pädagogische Verbesserung investiert werden.



Wir bekennen uns dazu, den demografischen Wandel nicht für Einsparungen im Bildungsbereich zu nutzen, sondern die freiwerdenden Mittel zur Verbesserung der individuellen Förderung sowie der pädagogischen Rahmenbedingungen zu nutzen. Darüber hinaus sehen wir die Möglichkeit, durch den Abbau bürokratischer Strukturen wie zum Beispiel der AQS zusätzliche Ressourcen für eine Verbesserung der rheinland-pfälzischen Schulen zu erreichen.



Unter der SPD-Landesregierung ist Rheinland-Pfalz in die Mittelmäßigkeit zurück gefallen. Bei den Bildungsausgaben liegen wir im letzten Drittel der Bundesländer. Wer Ernst damit



Nicole Morsblech, Mdl
Fachpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion für Bildung und Jugend:

„Jetzt muss endlich wieder Ruhe einkommen in die Schulen. Die Lehrer müssen ihre Kräfte wieder auf das Wesentliche konzentrieren können: einen guten Unterricht.“

machen will, Rheinland-Pfalz zum Bildungsland Nr. 1 auszubauen, der muss, auch vor dem Hintergrund einer angespannten Haushaltssituation, bereit sein, die erforderlichen Mittel zu investieren.

Die FDP will daher den Bildungsbe- reich von den allgemeinen Sparbemühungen ausschließen.

Gleichzeitig dürfen Gelder nicht für Strukturänderungen bereitgestellt werden, die eine hohe Verunsicherung für Lehrer, Schüler und Eltern nach sich ziehen.



Aktuelle Untersuchungen entlarven das sogenannte ‚Bildungsland Rheinland-Pfalz‘ als reinen Etikettenschwindel. Unser Bundesland belegt bei den Bildungsausgaben im Bundesländervergleich den vorletzten Platz. Dieses ernüchternde Ergebnis zeigt in aller Deutlichkeit: Rheinland-Pfalz setzt bei seinen Investitionen die falschen Prioritäten. Statt in Bildungsqualität als Zukunftsinvestition, verrennt sich die Landesregierung in überdimensionierte Prestigeprojekte im Verkehrsbereich, siehe Mittelrheinbrücke oder Hochmoselübergang.

Gerade in Zeiten ökonomischer und ökologischer Krisen sind Investitionen in Bildung besonders wichtig, weil sie gesellschaftliche Blockaden aufbrechen und gute Voraussetzungen für die Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft schaffen – für die Gesellschaft im Ganzen und für jeden einzelnen Menschen.

Wir wollen das Recht auf Bildung in die Landesverfassung aufnehmen. Damit die Bildungsteilhabe nicht von der finanziellen Situation der Eltern abhängt, sollen öffentliche Bildungsangebote grundsätzlich kostenlos sein. Wir GRÜNEN wollen eine gerechte und unbürokratische Lernmittelfreiheit durchsetzen und kein Leihsystem, bei dem letztlich doch die Eltern die Kosten tragen müssen und die Kommunen vor einen immensen Bürokratie-Aufwand stellt. Auch die Beförderung der Schülerinnen und Schüler und das Mittagessen in der Kita oder der Schule dürfen nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern.

Nicht alle Probleme unseres Bildungssystems lassen sich mit Geld lösen, aber ohne zusätzliches Geld wird es nicht gehen. Die Bildung unserer Kinder muss uns etwas wert sein. Deshalb wollen wir der Bildung im Haushalt Priorität einräumen. Wir werden den demographischen Wandel und den damit verbundenen Rückgang der Schülerinnen und Schüler nicht zu Einsparungen im Bildungsbereich nutzen. Stattdessen werden wir in die Qualität unseres Bildungssystems investieren. Das bedeutet kleinere Lerngruppen, mehr individuelle Förderung und bessere Rahmenbedingungen in unseren Schulen. Frei werdende Kapazitäten wollen wir gezielt umlenken, um Unterricht mit individueller Förderung in Kleingruppen und eine Doppelbesetzung mit Lehrkräften zu ermöglichen. Wir werden so die Klassengrößen schrittweise reduzieren und dabei zunächst den Schwerpunkt auf die unteren Klassenstufen legen. Eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung muss sichergestellt sein.

Die Föderalismusreform der Großen Koalition aus CDU und SPD hat dazu geführt, dass eine finanzielle Beteiligung des Bundes an der Finanzierung von Bildungsangeboten eingeschränkt wurde. Für ein leistungsstarkes und ge-

rechtes Bildungssystem brauchen wir aber eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung – auch finanziell. Wir GRÜNEN streben daher an, dass der Bund sich künftig stärker an den Kosten für bessere Bildungsangebote beteiligen muss. Wir wollen die Mittel aus dem auslaufenden Solidaritätszuschlag in einen Bildungssoli verwandeln und so zusätzliche Gelder der Bildung zugute kommen lassen. Das Geld soll vom Bund den Ländern für zusätzliche Bildungsinvestitionen zur Verfügung gestellt werden.



- **Wie bewertet Ihre Partei die Ergebnisse von Pisa 2009 und die Bilanz nach einem Jahrzehnt? Welche konkreten Zielvorstellungen zur Qualitätssicherung und –verbesserung im Bildungsbereich leitet Ihre Partei aus den Ergebnissen für die kommenden Jahre ab?**



Der Vergleich der PISA 2009-Ergebnisse mit den Ergebnissen vor zehn Jahren macht deutlich: Es hat sich in den vergangenen Jahren sehr viel getan in Rheinland-Pfalz. Mit dem Landesprogramm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ wurde die frühkindliche Bildung massiv verstärkt. Sprachförderprogramme und schulvorbereitende Maßnahmen gehören heute zum Alltag in den Kindergärten. In Rheinland-Pfalz wurde mit der vollen Halbtagschule und der Einführung der Ganztagschule den Schulen mehr Zeit gegeben, um sich um die Kinder zu kümmern. Eltern, aber vor allem Lehrkräfte können von signifikanten Veränderungen beim Lernverhalten von Schülerinnen und Schüler aufgrund der Ganztagschule berichten. Wir werden darüber hinaus in der kommenden Wahlperiode die Klassenmesszahl in den Grundschulen von 30 auf 24 senken und in allen wei-

„Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz“*

Mehr als 70 000 Schülerinnen und Schüler nutzen ein Ganztagsangebot

... Die Teilnahme an Ganztagsangeboten wuchs in den letzten vier Jahren deutlich. Im Schuljahr 2009/10 nutzten 70 079 Schülerinnen und Schüler ein schulisches Ganztagsangebot. Das waren fast zwei Drittel mehr als noch im Schuljahr 2005/06, dem Zeitpunkt der erstmaligen Erhebung dieses Merkmals (42 785). Im Schuljahr 2009/10 betrug der Ganztagschüleranteil 15 Prozent (2005/06: 8,8 Prozent). ... (S. 32)

*aus 2009.
Quelle: Stat. Landesamt RLP Nr. 19/2011. Auswahl: Dr. Peter Bung, VDR-Bildungsreferent

terführenden Schulen auf 25, was zu einer Verbesserung der pädagogischen Rahmenbedingungen führen wird. Wir denken, dass diese Maßnahmen wichtige Voraussetzungen dafür bieten, dass die Kinder und Jugendlichen in den weiterführenden Schulen erfolgreich sind. Die Professionalisierung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung sowie die Kompetenzerweiterung der Fort- und Weiterbildung werden die Unterrichtsqualität verbessern. Dass PISA 2009 Verbesserungen feststellen konnte, ist erfreulich, kann aber letztlich nur Ansporn sein, weiter in die Bildung zu investieren.



Für uns ist Bildung mehr als PISA. Wir stehen auch zukünftig für einen humanistischen Bildungsbegriff, der die Menschen ganzheitlich bilden will und nicht bloße Ausbildung bedeutet. Deshalb werden wir auch zukünftig am Fächer- und Fachlehrerprinzip festhalten und Aufweichungen in diesem Bereich aufheben. Wir sind der Meinung, dass Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung vor allem vor Ort in den einzelnen Schulen geleistet werden kann. Deshalb werden wir die rheinland-pfälzischen Schulen schritt-

weise in mehr Eigenverantwortung entlassen. Dies ist ein Weg, der mit den Schulen gemeinsam im Konsens gegangen werden muss.



Die Bildungspolitik ist von einem oft vernachlässigten Randthema zu dem Zukunftsthema schlechthin geworden. Nach der Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse im Jahr 2000 ist viel in diesem Bereich geschehen. In den Augen der FDP zeigen leider nicht alle Maßnahmen in die richtige Richtung.

Auch die Ergebnisse von PISA 2009 belegen bei genauer Analyse, dass die integrativen Schulformen keineswegs besser abschneiden. Die FDP wird deshalb auch künftig an einem differenzierten Schulsystem festhalten, das die jeweiligen Schülerinnen und Schülern gemäß ihren Fähigkeiten und Begabungen am besten unterstützen kann.

Auch in den Fragen der Finanzausstat-

zung, sehen wir uns durch die aktuellen Ergebnisse bestärkt.

Wie bereits dargelegt, wissen die Schulen am besten, wie ihr staatlicher Bildungsauftrag umgesetzt werden kann. Deshalb wollen wir verstärkt eigenverantwortliche Strukturen etablieren.



Die Ergebnisse des Pisa-Test im Jahr 2009 sind im Vergleich zu den Ergebnissen zuvor besser geworden, aber immer noch nicht so zufriedenstellend, wie wir es uns wünschten. Wir meinen, dass ein Umdenken in der Bildungspolitik notwendig ist, beispielsweise durch mehr Investitionen in die Bildung (siehe Frage 6), durch Anpassungen an der Schulstruktur (siehe Frage 3) und durch mehr individuelle Angebote, gerade für die schwachen Schülerinnen und Schüler, die am meisten benachteiligt sind (siehe Frage 11).



Arbeitsplatz Schule



- **Ist Ihre Partei auf Grund der zunehmenden Anforderungen und Belastungen im Lehrerberuf für eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte?**



Wir planen keine Veränderungen bei der Unterrichtsverpflichtung.



Eveline Lemke
GRÜNE Spitzenkandidatin 2011:

„Wir bewegen Rheinland-Pfalz: Für eine Energiewende, für gerechtere Bildung und für mehr soziale Teilhabe für alle Menschen in Rheinland-Pfalz“.



Mit einer CDU geführten Landesregierung wird es, allein schon aufgrund der prekären Haushaltssituation, keine Reduktion der Unterrichtsverpflichtung rheinland-pfälzischer Lehrkräfte geben. Wir werden aber die Arbeitsbedingungen verbessern, indem die in den vergangenen Jahren gewachsene Belastung schrittweise durch zusätzliche Förderkontingente und reduzierte Klassengrößen auch mit den notwendigen Ressourcen unterlegt werden.



Die neuen Anforderungen an Förderung, Elternkommunikation und Individualisierung im Unterricht verlangen mehr Möglichkeiten für eine Herabsetzung der Stundenverpflichtungen. Der demografische Wandel eröffnet hierfür die Möglichkeit.



Die hohen Anforderungen und Belastungen im Lehrerberuf können aus Sicht von Bündnis 90 /Die GRÜNEN besser durch eine qualifizierte Unterstützung weiterer Fachkräfte (Förderpädagogen, pädagogische Fachkräfte, Psychologen und Sozialarbeiter, Therapeuten) in der Schule erreicht werden.

„Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz“*

Vier von zehn Schülerinnen und Schülern wechseln auf ein Gymnasium

Zum Schuljahr 2009/10 wechselten 39 647 Grundschulabsolventinnen und -absolventen in die fünfte Klassenstufe der weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Insgesamt 6,6 Prozent dieser Schülerinnen und Schüler setzen ihre Schullaufbahn an einer Hauptschule fort, 8,8 Prozent in einer schulartübergreifenden Orientierungsstufe und elf Prozent an einer Integrierten Gesamtschule. Weitere 15 Prozent der Zugänge aus Grundschulen besuchten die fünfte Klassenstufe einer Realschule, 21 Prozent die einer Realschule plus und 38 Prozent die eines Gymnasiums. ... (S. 26)

*aus 2009.

Quelle: Stat. Landesamt RLP Nr. 19/2011. Auswahl: Dr. Peter Bung, VDR-Bildungsreferent

Rückblick auf die Landtagswahlen Rheinland-Pfalz 2006

Die Wahlen zum rheinland-pfälzischen Landtag finden alle fünf Jahre statt. Der Landtag hat 101 Mitglieder und hat seinen Sitz im Deutschhaus in Mainz. Bei den letzten Landtagswahlen zum 15. Landtag am 26. März 2006 ergab sich eine absolute Mehrheit der Mandate für die SPD. In Rheinland-Pfalz erreichte die SPD mit 45,6 Prozent der abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit bei der Sitzverteilung im Landtag und konnte somit fortan allein regieren. Mit einem Zugewinn von 0,8 Punkten erreichte sie ihr bestes Ergebnis seit 1947. Die CDU hingegen erzielte mit 32,8 Prozent ihr schlechtestes Nachkriegsergebnis (-2,5 Punkte). Für die FDP votierten 8,0 Prozent (+0,2 Punkte). Die Grünen verfehlten mit 4,6 Prozent knapp den Einzug in das Parlament (- 0,6 Punkte). Die Linkspartei scheiter-



Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Rheinland-Pfalz>

te mit 2,5 Prozent. Die Wahlbeteiligung sank auf den Tiefstand von 58,2 Prozent (-3,9 Punkte). Rund 1 284 600 wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger machten bei der Landtagswahl 2006 von ihrem akti-

ven Wahlrecht keinen Gebrauch. In Rheinland-Pfalz gab es im Jahr 2006 keine Wechselstimmung. Regierung, Partei und Kandidat wurden positiv bewertet.

9. Arbeitsplatz

- **Welche konkreten Maßnahmen müssen nach Meinung Ihrer Partei zum Erhalt und zur Förderung von Gesundheit, Arbeitszufriedenheit und Leistungsfähigkeit von Lehrkräften und Schulleitungsmitgliedern in den nächsten Jahren umgesetzt werden?**

SPD

Die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung der Beschäftigten des Landes ist gesetzliche Obliegenheit des Arbeitgebers bzw. Dienstherrn. Sie ist zugleich als Bestandteil des Qualitätsmanagements von elementarer Bedeutung. Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung sind deshalb in Richtung eines umfassenden Gesundheitsmanagements weiterzuentwickeln und als Führungsaufgabe wahrzunehmen. Die SPD-

Landesregierung hat daher zusammen mit der Universitätsmedizin Mainz beschlossen, innerhalb des Instituts für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin das Institut für Lehrergesundheit einzurichten und dieses mit der arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Betreuung aller staatlichen Lehrkräfte sowie der pädagogischen Fachkräfte in Rheinland-Pfalz zu betrauen.

CDU

In den letzten Jahren müssen wir eine erschütternde Steigerung der Krankheitstage rheinland-pfälzischer Lehrkräfte beobachten. So sind in den vergangenen fünf Jahren die durchschnittlichen Fehlzeiten bei Lehrkräften in Rheinland-Pfalz um zwei ganze Werktagen auf nunmehr rund neunehalb Krankheitstage angestiegen. Wir sehen deshalb die Notwendigkeit, zusätzliche Aufgaben auch mit den notwendigen Ressourcen auszustatten, besondere Leistungsbereitschaft gesondert zu honorieren und das Thema Lehrergesundheit verstärkt zum Inhalt beruflicher Fortbildung zu machen.

FDP

Die Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen sind maßgeblich für die Ergebnisse des Bildungs- und Erziehungswesens. Diese überragende gesamtgesellschaftliche Aufgabe verlangt nicht nur Respekt und Würdigung, sondern es müssen vielmehr auch Anreize geschaffen werden, um leistungswilligen und pädagogisch befähigten Personen den Weg in den Schuldienst attraktiv zu machen. Die Besoldung muss sich dabei an Qualifikation und Leistung orientieren. Eine Einheitsbesoldung lehnen wir ab. Stattdessen gehören Leistungsprämien in unseren Augen zu einem erfolgsorientierten System, damit erfolgreiche Lehrerinnen und Lehrer über ein Leistungsprämienystem weitere Anreize und Anerkennung erhalten.

Die Kompetenzen der Schulen müssen erweitert werden, beispielsweise um das Recht ein eigenes Budget aufzustellen und weitgehende Hoheit in Personalfragen. Das daraus resultierende Feld von Beratungsnotwendigkeiten

muss von staatlicher Seite mit dem Aufbau eines Unterstützungssystems für Schulen und deren Leitungen begegnet werden. Zu dieser Unterstützung gehört unter anderem ein Fortbildungssystem, das flexibel, aktuell und auf die jeweiligen Bedarfe der Schulen ausgerichtet ist.



Hohe Belastungen der Lehrkräfte in den vergangenen Jahren sind durch Anforderungen entstanden, für die die Lehrkräfte nicht hinreichend ausgebildet waren. Aufgaben in der Erziehung und insbesondere bei verhaltensauffälligen Schülern haben die Belastungssituation erhöht. Hier muss es zu deutlichen Entlastungen kommen, in dem in allen Schulen die Schulsozialarbeit selbstverständlicher Bestandteil der Schulen wird. Der Unterricht muss durch den Einsatz von Pädagogischen Fachkräften und fachlich hoch qualifizierter Förderpädagogen unterstützt werden, damit nicht die Schülerinnen und Schüler adäquat gefördert werden, sondern auch die im System befindlichen Lehrkräfte gestützt und entlastet werden.

10. Klassenmesszahl

- **Wie steht Ihre Partei zu unserer Forderung, die Klassenmesszahl in allen Klassenstufen der Realschulen plus auf 25 abzusenken und in den Berufsreifebildungsgängen und -kursen auf 20 festzulegen?**



Im Zuge der Schulstrukturreform wurde die Klassenmesszahl in der Orientierungsstufe der Realschule plus auf 25 herab gesenkt. Die SPD Rheinland-Pfalz hat sich zum Ziel gesetzt, für eine weitere Verbesserung bezüglich der Klassengröße zu sorgen. Damit diese Verbesserung gerecht verteilt wird, haben wir uns entschlossen, die frei werdenden Ressourcen in die Ori-

entierungsstufe der Gymnasien und der Integrierten Gesamtschule sowie in die Grundschule und die Berufsfachschule zu investieren. Die Forderung des VDR nach Ausweitung auf alle Klassenstufen dieser Schulart ist verständlich, jedoch aus genannten Gründen nicht durchführbar. Im Übrigen werden zurzeit BVJ-Klassen bzw. Schulversuchsklassen im Projekt „Keiner ohne Abschluss“ mit Klassengrößen unter 20 Schülerinnen und Schüler gebildet.



Die CDU-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz hat schon zur Einführung der Realschule plus eine Absenkung der Klassenmesszahlen in den Berufsreifebildungsgängen auf 20 Schülerinnen und Schülern gefordert. Dies ist angesichts der durchschnittlichen Klassengrößen an den bisherigen Hauptschulen nur gerecht. Mittelfristig kann zudem der Weg nicht an der Reduktion der Klassenmesszahlen auf 25 Schülerinnen und Schüler in allen Klassenstufen der Realschule plus vorbegehen.



Die von der Landesregierung vorgestellten Zahlen zum Unterrichtsausfall sind kein Beleg für gute Rahmenbedingungen. Wenn die durchschnittliche Klassengröße an Realschulen plus heute schon höher ist als an den früheren Hauptschulen, so haben sich die Rahmenbedingungen für die Schülerinnen und Schüler dort verschlechtert. Der Zusammenschluss von Haupt- und Realschulen durch die Schulstrukturreform führt zu deutlich heterogeneren Lerngruppen mit einer erheblichen Leistungsbreite. Dies erfordert im Mindesten kleinere Klassen und weitere hervorragend qualifizierte Lehrer.

Daher unterstützt die FDP die Forderung des VDR nach einer Senkung der Klassenmesszahl.



Wir setzen uns für die Absenkung der Klassengrößen von der Grundschule



Ulla Brede-Hoffmann, MdL
Bildungspolitische Sprecherin der SPD

„Mit der Ganztagschule und der verstärkten Sprachförderung im Kindergarten sind wir in Rheinland-Pfalz auf dem richtigen Weg.“

aufwachsend auf 20 Schülerinnen und Schüler. Stärker als die Absenkung der Klassenmesszahlen erscheint uns jedoch die fachliche Unterstützung durch Förderpädagogen und Pädagogische Fachkräfte, Integrationsassistenten sowie Schulpsychologen.

11. Förderkonzept

- **Welches Konzept zur Förderung leistungsschwacher Schüler bzw. Schüler mit Migrationshintergrund favorisiert Ihre Partei? Welche Ressourcen wird Ihre Partei den Schulen hierfür zur Verfügung stellen?**



Leistungsschwächen bei Schülerinnen und Schülern entstehen in den meisten Fällen, weil die Eltern nicht genügend Hilfestellung und Unterstützung leisten oder leisten können. In diesem Fall ist es wichtig, so früh wie möglich anzusetzen. Frühkindliche Bildung im Kindergarten bedeutet mehr als nur die Beobachtung und Förderung der Sprachkompetenz. Auf spielerische

Art muss den Kindern der Wert des Wissenserwerb und die Bedeutung der später zu erlernenden Kulturtechniken beigebracht werden. Wir setzen dafür auf eine kontinuierliche Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher und investieren dort seit 2006 rund zwei Millionen Euro jährlich. Zudem wurden kürzlich die bewährten „Bildungs- und Erziehungsempfehlungen“ aktualisiert. Der Frühförderung werden wir auch künftig einen hohen Stellenwert einräumen, der Ausbau der Plätze in der Kindergärten wird weiter vorangehen und von uns mitfinanziert

„Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz“*

Schüler-Lehrer-Relation in fast allen Schularten verbessert

An den allgemeinbildenden Schulen unterrichteten zu Beginn des Schuljahres 2009/10 insgesamt 35 604 hauptamtliche beziehungsweise hauptberufliche Lehrkräfte, die Mehrheit von ihnen in „Vollzeit“ (57 Prozent). Mehr als zwei Drittel des Lehrpersonals waren Frauen (68 Prozent). Insbesondere an Grundschulen arbeiteten deutlich mehr Frauen als Männer (88 Prozent). Etwas ausgeglichener war das Geschlechterverhältnis an Gymnasien (Frauenanteil: 53 Prozent). Knapp 43 Prozent der hauptamtlich und hauptberuflich beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinbildenden Schulen waren 50 Jahre und älter. Im Vergleich zum Schuljahr 1999/2000 verbesserte sich die Relation von Schülern zu Lehrern in fast allen Schularten. So kamen an Hauptschulen zwölf Schülerinnen und Schüler auf eine sogenannte „Vollzeitlehrereinheit“. Das waren 3,7 weniger als zehn Jahre zuvor. Ebenfalls verbessert hat sich die Betreuungsrelation an Realschulen und an Gymnasien. ... (S.37)

*aus 2009.
Quelle: Stat. Landesamt RLP
Nr. 19/2011. Auswahl: Dr. Peter
Bung, VDR-Bildungsreferent

werden. Die Ganztagschule ist ebenfalls ein Instrument, das den Schülern die Möglichkeit gibt, schulische Defizite bei Kinder aus so genannten bildungsfernen Familien zu beheben. Auch dieses Programm wird mit der SPD fortgeführt und die entsprechenden Mittel dafür bereitgestellt. In der neu geschaffenen Realschule plus wird die Aufgabe der individuellen Förderung und der inneren Differenzierung bei der Förderung leistungsschwacher Schülerinnen und Schüler eine hohe Bedeutung erhalten. Dazu werden den Schulen aus dem Differenzierungspool bedarfsgerecht Differenzierungsstunden zugewiesen werden.



Die CDU-Landtagsfraktion hat in den Haushaltsberatungen für das Jahr 2011 ein Konzept zur Bereitstellung von 2.700 zusätzlichen Lehrerwochenstunden zur individuellen Förderung erarbeitet. Dies bedeutet, gemessen am bisherigen Förderpool der Realschulen plus, einen Anstieg von 30 Prozent. Zudem sehen wir in unserem Vorschlag, im Berufsreifebildungsgang zwei Praxistage pro Wochen einzuführen, ein wirksames Konzept, um Schüler auf anderen Zugangswegen zu schulischen Inhalten zu führen, zu motivieren und so den Bildungserfolg deutlich zu erhöhen.



Das staatliche Schul- und Bildungsangebot muss wiederum ein hohes Maß an Durchlässigkeit sicherstellen. Aus diesem Grund gilt der Chancengerechtigkeit unsere größte Aufmerksamkeit!

Die FDP unterstützt die Eltern in ihrem grundsätzlichen Recht auf Entscheidung über die Wahl der Schullaufbahn ihrer Kinder. Um den individuellen Fertigkeiten und Begabungen der Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden, müssen von den Grundschulen qualifizierte Schullaufbahneempfehlungen gegeben werden und eine überzeugende Beratungskompetenz ist dort zu sichern. Eltern, die von der Empfehlung der Grundschule abweichen wollen, soll die Möglichkeit gegeben werden, ihr Kind zu einer

Aufnahmeprüfung bei der präferierten Schulform anzumelden.

Chancengerechtigkeit ergibt sich aus dem Grad der individuellen Förderung und ist deshalb unauflöslich mit der Frage nach der Qualität von Bildung verknüpft.

Die Zusammenlegung verschiedener Schulformen bedeutet in unseren Augen dabei die Schaffung eines Einheitschulsystems, das große Teile unserer Jugend zu lange in allgemeinbildenden Schulangeboten bindet, den Blick auf die Chancen beruflicher Bildung verstellt und so individuellen Bildungserfolg eher behindert als befördert.

Bildungschancen auch für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund zu verbessern, genießt für die FDP einen hohen Stellenwert. Wir setzen uns deshalb auch künftig für die kontinuierliche und verlässliche Förderung von Migrantenkinder in den Kindertagesstätten und Schulen sowie für verbindliche Sprachstandserhebungen und verstärkte Sprachfördermaßnahmen im Elementarbereich ein, die schon beim Eintritt in die KiTa greifen sollen. Damit alle Kinder die gleichen Chancen haben, muss im Alter von vier Jahren eine Sprachstandsmessung erfolgen, die im Bedarfsfall eine verpflichtende Sprachförderung nach sich zieht.

Auch im weiteren Schullaufbahnverlauf müssen Maßnahmen zur Stärkung der Sprachkompetenz eine besondere Rolle spielen.



Die Schule der Zukunft ist eine Schule, in der alle Schüler gemeinsam lernen. In einer solchen „inklusiven“ Schule werden alle Schülerinnen und Schüler entsprechend ihren Stärken und Schwächen gefördert. Dazu bedarf es für jeden einzelnen Schüler einer Diagnostik zur Ermittlung der Stärken und Schwächen. Darauf aufbauend werden Förderpläne erstellt. Diese Schwächen liegen nicht nur im Bereich ihrer Leistungsfähigkeit, sondern z. B. auch im sozial-kommunikativen Feld. Bei der Entwicklung der inklusiven

Schule werden Förderpädagogen aus dem Förderschulensystem zunehmend ihren Platz in der Regelschule finden und die Kolleginnen und Kollegen in der „Regelschule“ unterstützen. Dieser Umbau wird nicht ohne zusätzliche Förderkräfte insbesondere in der Übergangsphase zu stemmen sein.

12. Integration und Inklusion

- **Mit welchen Maßnahmen soll die Integration von Schülern mit Beeinträchtigungen in den Regelschulen verankert werden?**

SPD

Die auch von Deutschland ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention gibt den politisch Verantwortlichen den Auftrag, beeinträchtigte Kinder in das Schulsystem zu integrieren. Wir haben uns ausführlich mit der Thematik befasst und uns intensiv von Praktikerinnen und Praktikern in Schwerpunktschulen und Förderschulen beraten lassen. Für uns schließt das Prinzip, Schülerinnen und Schüler als Individuen zu begreifen, auch die Überzeugung mit ein, dass jedes Kind, bei dem ein Förderbedarf festgestellt wird, individuelle Bedürfnisse beim Umgang mit diesem Förderbedarf hat. Zudem haben wir grundsätzlich und besonders in diesem Falle hohen Respekt vor dem Willen der Eltern. Daher vertreten wir das Prinzip der individuellen Beratung und der Wahlfreiheit des Schulortes anstelle einer pauschalierten Zuweisung. Das schließt einen Ausbau des Angebots an Schwerpunktschulen mit ein. Da aber die Förderschulen auch künftig bedeutende Förder- und Lernorte bleiben werden, lehnen wir eine Abschaffung dieser Schulart ab. Um den richtigen Weg zu wählen, ist für uns eine enge Abstimmung mit den tatsächlich Beteiligten von hoher Bedeutung, dazu zählen die Eltern und die Förderlehrkräfte an den 193 Schwerpunktschulen und den 138 Förderschulen im Lande sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft.

CDU

Wir treten für die Wahlfreiheit der Eltern hinsichtlich des Lernortes ihres behinderten bzw. beeinträchtigten Kindes ein. Für uns steht das Wohl des Kindes an erster Stelle. Deshalb wollen wir im Sinne einer Bildungspartnerschaft zwischen Lehrern, Eltern und Förderpädagogen sowie unter Einbindung der allgemeinen Schulen entscheiden, welches der richtige Lernort für das Kind ist. Wir bekennen uns vor diesem Hintergrund eindeutig zum Erhalt einer flächendeckenden Förderschullandschaft.

FDP

Die Ausweitung der Integration und gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen muss auch in der Bildungspolitik erfolgen. Die FDP will beste Entwicklungschancen für Kinder mit Behinderungen. Neben der Möglichkeit, eine spezielle Schule mit besonderem Förderangebot zu besuchen, muss jedem Kind gemeinsam mit seinen Eltern so weit wie möglich die Entscheidung offen stehen, sich für den Besuch einer Regelschule vor Ort anzumelden. Der Ausbau des Angebots von Schwerpunktschulen ist zu unterstützen, denn Kinder und Jugendliche sollen ein Recht auf eine Ausbildung in einer Regelschule haben.

Die Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen muss auf Grundlage der aktuell bestehenden Strukturen vom Kindergarten bis zur Universität erfolgen.

GRÜNE

Nicht nur schulbauliche Veränderungen, die eine hohe Barrierefreiheit für beeinträchtigte SchülerInnen bieten sollen, sondern die feste Zuordnung von Förderschullehrern, pädagogischen Fachkräften, Integrationsassistenten und Schulsozialarbeitern an die Regelschule soll eine Unterstützung der Lehrkräfte bei ihrer pädagogischen Arbeit bieten. Darüberhinaus sollen die derzeitigen Förderschulen zu Beratungszentren der Inklusion weiterentwickelt und umgebaut werden. Bündnis 90 / Die GRÜNEN sind zu-



Dickes, Bettina, MdB

Bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion

„Das Leistungsgefälle zwischen den Schulen muss abgebaut werden. Wir sind gegen die anhaltende Senkung der Leistungsstandards, gegen fachfremden Unterricht und gegen die Einheitsschule.“

dem für die Einrichtung von 100 zusätzlichen Stellen im Schulpsychologischen Dienst.

13. Projekt erweiterte Selbstständigkeit (PES)

- **Hat sich PES aus Ihrer Sicht bewährt? Favorisiert Ihre Partei ein anderes Konzept zur Vertretungsregelung?**

SPD

Das „Projekt Erweiterte Selbstständigkeit“ (PES), an dem mittlerweile über 90 Prozent der weiterführenden Schulen teilnehmen, wurde im Einvernehmen mit vielen Lehrkräften und besonders der Hauptpersonalräte entwickelt, um dem z.B. durch Krankheit, Fortbildung oder eine Klassenfahrt entstehenden temporären Ausfall schnell, effektiv und unbürokratisch zu begegnen. Der Erfolg ist sichtbar: Im Schuljahr 2009/2010 wurde anhand einer Stichprobe festgestellt, dass durch PES der temporäre Ausfall (nicht planmä-

Big erteilte Unterricht) um 2,7 Prozentpunkte reduziert werden konnte. PES verstärkt überdies die Selbstverantwortung bei der Personalversorgung der Schulen und setzt auf die Kompetenz von Schulleiterinnen und Schulleiter bei der Personalplanung und der Einschätzung der Qualifikation.



Es ist festzustellen, dass das Projekt erweiterte Selbstständigkeit nicht zu einem signifikanten Abschmelzen des temporären Unterrichtsausfalls beitragen konnte. Seit der Einführung 2007 sind die Ausfallzahlen für die PES-Schulen kontinuierlich angestiegen. Für uns ist das Projekt erweiterte Selbstständigkeit zudem ein Einfallstor zur Entprofessionalisierung des Lehrerberufs, da rund zwei Drittel der PES-Kräfte nicht über ein abgeschlossenes Studium und noch einmal ein Viertel nicht über das Zweite Staatsexamen verfügen. Wir sind der Meinung, Unterricht braucht Professionalität, und plädieren deshalb für die Einrichtung einer verlässlichen Vertretungsreserve, bestehend aus voll ausgebildeten Lehrkräften. Dies ermöglicht zudem, einer Vielzahl an Junglehrern zusätzliche Einstellungsperspektive zu bieten.



Im Rahmen der gerade beendeten Haushaltsberatungen hat die FDP-Fraktion auch für den Haushalt 2011 beantragt, eine qualitätsorientierte Personalreserve von insgesamt 480 ausgebildeten Lehrern aufzubauen, um bei kurz- oder auch längerfristigem Ausfall von Lehrkräften einen vollwertigen Vertretungsunterricht vorhalten zu können. Der Unterricht in der Schule muss das halten, was in Lehrplänen Schülern und Eltern versprochen wird. Das ist nur mit ausgebildeten Lehrern zu erreichen.



Rückmeldungen aus den Schulen zeigen, dass PES sich bewährt hat und zu einer deutlichen Entspannung beim Vertretungsunterricht in den Schulen gesorgt hat. Es ist zudem ein geeignetes Instrument, die Selbstständigkeit von

Schulen zu stärken. PES hat sich allerdings auch zur Finanzierung von Unterrichtsvorhaben bewährt, die bisher nicht durchführbar waren. Dieses Instrument auszubauen, mit hinreichend finanziellen Mitteln auszustatten und durch die Schulaufsicht zu begleiten, damit eine hinreichende Bezahlung der durch PES Beschäftigten gewährleistet bleibt, ist unser Ziel.



Berufspolitik

14. Lehrermangel und Unterrichtsversorgung

- *Mit welchen zusätzlichen Maßnahmen will Ihre Partei dem allgemeinen und fachspezifischen Lehrermangel in den kommenden Jahren begegnen und für qualifizierten Nachwuchs sorgen?*



Rheinland-Pfalz beschäftigt heute fast 5.000 Lehrkräfte mehr als zu Beginn des Jahrzehnts. Dennoch ist klar, dass es deutschlandweit für bestimmte Fächer sowie für bestimmte Schularten zu wenige Lehrkräfte gibt und es an einigen Stellen zu Engpässen kommt. Um eine noch bessere Ausstattung zu erreichen, müssen wir verstärkt für den Lehrerberuf werben. Die Reform der Lehrerbildung, die Rheinland-Pfalz vor Jahren als erstes Bundesland angepackt hat, bereitet die jungen Erwachsenen noch besser auf ihren Beruf vor. Gleichzeitig erleichtert die Gebüh-

renfreiheit des Erststudiums generell die Entscheidung für ein Studium. Das macht sich bemerkbar: Die Studierendenzahlen für das Lehramt steigen seit Jahren.

Auch die Ausstattung der Studienseminare muss daher steigen. Die Zahl der besetzten Planstellen wurde zwischen 1991 und 2010 verdreifacht und erreichte jetzt die Zahl von 564. Die Zahl der Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer ist im selben Zeitraum einschließlich der Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger sogar auf 2.872 Personen gestiegen. Zudem wird es zu einer Ausweitung der Kapazitäten für die Ausbildung in den Lehrämtern an Realschulen und an Gymnasien kommen durch die Einrichtung von zwei neuen Teildienststellen für das Lehramt an Realschulen bzw. Realschulen plus mit einer zusätzlichen Kapazität von insgesamt 100 Plätzen sowie den Ausbau einer bisherigen Teildienststelle zu einem selbstständigen Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien mit 40 zusätzlichen Plätzen. Darüber hinaus werden die Arbeitsbedingungen der Studienseminare insgesamt verbessert durch 90 zusätzliche Beför-

„Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz“*

Ein Drittel der Studierenden belegt naturwissenschaftlich-technische Fächer

...In der amtlichen Statistik entsprechen die MINT-Fächer den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften und Mathematik/Naturwissenschaften (einschließlich Informatik). Im Wintersemester 2009/10 absolvierten in Rheinland-Pfalz 36 781 Personen ein Studium in einem der MINT-Fächer. Ihr Anteil an allen Studierenden betrug damit 34 Prozent. Zu den beliebtesten naturwissenschaftlich-technischen Studienbereichen zählten Informatik, Maschinenbau/Verfahrenstechnik und Mathematik. (S. 60)

*aus 2009.
Quelle: Stat. Landesamt RLP Nr. 19/2011. Auswahl: Dr. Peter Bung, VDR-Bildungsreferent

derungsplanstellen für hauptamtliche Fachleiterinnen und Fachleiter für die Studienseminare aller Lehrämter.



Zum einen plädieren wir für eine Ausweitung der Studienseminare und zum anderen für eine flexiblere Einstellung in den Schuldienst unter Berücksichtigung der notwendigen Qualifikationen. So brauchen wir beispielsweise einen Einstellungskorridor im Vorbereitungsdienst bzw. Referendariat für Mangelfächer. Die Einrichtung eines verlässlichen Vertretungspools verhindert zudem, dass voll ausgebildete Lehrkräfte mangels Einstellungsoption in andere Bundesländer abwandern.



Wie bereits dargestellt, will die FDP verstärkt Maßnahmen umsetzen, um das Berufsbild Lehrer attraktiver zu machen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des zunehmenden Fachkräftemangels ist ein langfristiges Konzept zur Gewinnung von geeigneten Nachwuchskräften für den Schuldienst zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang sind auch Anreize zu schaffen, leistungswilligen und pädagogisch befähigten Personen den Weg in den Schuldienst interessant zu machen.

Den Lehrerinnen und Lehrern an unseren Schulen müssen Respekt und Vertrauen entgegengebracht werden. Doch sie müssen sich dies auch verdienen.

Lehrer sind Vorbilder. Und sie müssen sich dessen auch bewusst sein.

Personalführung und Personalentwicklung müssen daher auf allen Ebenen des Bildungswesens endlich das Gewicht und die Bedeutung erhalten, die im Sinne eines leistungsfähigen Bildungssystems unabdingbar sind.

An den Lehrerberuf sind höchste Anforderungen zu stellen. Denn: Die Besten müssen Lehrer sein!

In unseren Augen hängt die Attraktivität eines Berufsbildes eng mit der Möglichkeit zusammen, das Umfeld

mitgestalten zu können. Die FDP strebt in diesem Zusammenhang deshalb auch weiterhin eine echte Eigenverantwortlichkeit für die Schulen im Land an.



Der allgemeine Lehrermangel entsteht insbesondere durch eine zu geringe Lehrerausbildung in anderen Bundesländern, wodurch eine gewisse Sogwirkung auf die in Rheinland-Pfalz ausgebildeten Lehrkräfte entsteht. Hier steht Rheinland-Pfalz in einer Konkurrenzsituation, in der durch jeweils angemessene Angebote an die fertigen Lehrkräfte einer Abwanderung vorgebeugt werden muss. Qualifizierte Lehrkräfte mit fachlich und insbesondere unterrichtspaktisch hohen Kenntnissen können nur in gut besoldeten und mit hoher Wertschätzung für ihren Beruf ausgeprägten Umgebungen gehalten werden. Hierauf muss ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

15. Schulleitung

- **Was müsste aus Sicht Ihrer Partei getan werden, um die Attraktivität von Funktionsstellen in der Schulleitung zu erhöhen?**



Schulleitungen nehmen sehr verantwortungsvolle Aufgaben wahr, die für die Qualitätsentwicklung an rheinland-pfälzischen Schulen von zentraler Bedeutung sind. Insbesondere an kleinen Schulen ist es geboten, die Attraktivität bestimmter Funktionsämter durch eine adäquate Anpassung der Besoldungsgruppen zu stärken. Dies gilt vor allem für die Leitungsämter des bisherigen gehobenen Dienstes, insbesondere für das Leitungsamt an Grund- und Hauptschulen.



Mit dem von uns angestrebten Ziel, den rheinland-pfälzischen Schulen mehr



Herbert Mertin MdL
Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion
Fachpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion für Haushalt und Finanzen

„In der Schulpolitik der vergangenen fünf Jahre ist zulasten der Zukunftschancen von jungen Menschen ein Weg hin zu nivellierenden Schulstrukturen beschritten worden.“

Selbstständigkeit zu übertragen, verändert sich auch das Kompetenzprofil der Schulleitung. Wir wollen aktiv an der Gewinnung zukünftiger Schulleitungsmitglieder mitwirken, indem wir durch modularisierte Fortbildung speziell auf das Berufsbild Schulleitung vorbereiten. Diese Fortbildung sollen bei der Besetzung von Schulleitungspositionen in herausgehobener Weise berücksichtigt werden.



Auch die Schulleiterinnen und Schulleiter benötigen erheblich mehr Kompetenzen. Die Schulleiter sind in ihrer Funktion als Dienstvorgesetzte eindeutig zu stärken. Sie werden in Bezug auf die Übernahme dienstrechtlicher Funktionen für ihre Lehrkräfte selbst zu einem Teil der Schulaufsicht. Die Entscheidung über Einstellungen, Verbeamtungen und Beförderungen bis zum ersten Beförderungsdienst haben sie weitgehend selbst zu treffen.

So bekommen sie ein notwendiges Instrument zur Personalführung und -entwicklung an ihren Schulen. Dieses müssen sie ungestört ausüben können. Schulleiterinnen und Schulleiter müssen verlässliche Partner, ggf. auch Kri-

tiker, ihrer Lehrkräfte sein können ohne Eingriffe der bisherigen Schulaufsicht. Die Schulaufsicht wird auf eine beratende Rechts- und Fachaufsicht zurückgeführt. Schulleitungen erhalten die Hauptverantwortung für die Personalentwicklung an ihren Schulen.

An dieser Stelle darf ich Sie auch auf unseren beigefügten Entschließungsantrag aufmerksam machen, den wir begleitend zu den Haushaltsberatungen in den Landtag eingebracht hatten und der diese Fragen erneut thematisiert. Intention des Antrags war es unter anderem, ein eigenständiges Berufsbild „Schulleiter“ zu etablieren.



Bündnis 90 / Die GRÜNEN streben eine stärkere Demokratisierung des schulischen Lebens an. Dazu gehört auch die Wahl von Schulleiterinnen und Schulleitern aus der Mitte eines Kollegiums durch Eltern, Lehrer und Schüler. Gute Schulleiterinnen und Schulleiter sind ebenso wichtig, wie ein engagiertes Lehrerkollegium, das sich mit seiner Schule identifiziert und an den Prozessen der Schulentwicklung aktiv beteiligt. SchulleiterInnen in flachen Hierarchien sollten jedoch entsprechend ihres hohen Einsatzes für die Schule für die Zeit ihrer Leitungsfunktion besser entlohnt werden. Darüberhinaus sollte im Land ein ver-

„Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz“*

Trend zu höheren Schulabschlüssen

... Erreichten 1999 lediglich 23 Prozent aller Abgängerinnen und Abgänger die Hochschulreife, so waren es 2009 schon 30 Prozent. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die einen qualifizierten Sekundarabschluss I erlangten, stieg im selben Zeitraum um 4,7 Prozentpunkte auf knapp 41 Prozent. ... (S.35)

*aus 2009.

Quelle: Stat. Landesamt RLP Nr. 19/2011. Auswahl: Dr. Peter Bung, VDR-Bildungsreferent

bessertes Angebot an Fortbildungsmöglichkeiten zur Vorbereitung und bereits in Funktion befindlichen Lehrkräften auf die Aufgaben der Schulleitung erfolgen. Zudem sollte jede Schulleitung im Bereich der Schulleitung durch Verwaltungsfachkräfte oberhalb der Sekretariatsqualifikation entlastet werden.

16. Studium

- **Wie steht Ihre Partei zu unserer Forderung nach einem mindestens zehnmestrigen Studium für das Lehramt an Realschule plus, um vor allem die fachliche Qualifikation der Lehrkräfte zu stärken?**



Wir messen den Fachwissenschaften hohe Bedeutung bei. Wir sind der Ansicht, dass die Reform der Lehrerbildung den Universitäten die Möglichkeit gibt, die Fachwissenschaften in den Mittelpunkt des Lehramtsstudiums zu stellen. Die Einführung des Fachs Bildungswissenschaften sowie der Schulpraktika ist für uns der Garant für eine hohe Professionalität als Lehrkraft sowie für den verstärkten Praxisbezug von Beginn des Studiums an. Wir erachten es für richtig, dass die Lehramtsstudierenden neben dem Erlangen der Fachqualifikation auch in Theorie und Praxis auf ihre künftige Aufgabe als Pädagogen und didaktisch versierte Lehrkräfte vorbereitet werden. Das dient nicht nur einer besseren und erfolgreicherer Pädagogik, sondern hilft den künftigen Lehrkräften zudem, ihre nicht immer leichte Arbeit zu bewältigen. Dass die neue Lehrerbildung notwendig ist, zeigt sich auch daran, dass viele Bundesländer dem Beispiel folgen und ähnliche Reformen angegangen sind. Die Studiendauer des kombinierten BA/MA- und Staatsexamensstudienganges richtet sich nach den Vereinbarungen der Bundesländer zur Studiendauer von BA/MA-Studiengängen und wurde von den entsprechenden Zertifizierungsagentu-

ren auch so bestätigt.



Für uns ist ein vollwertiges Fachstudium Grundlage für eine gelingende Lehrerausbildung. Darüber hinaus stehen wir für eine frühe und nachhaltige Praxisorientierung. Die Lehrerbildungsreform steht aktuell im Praxistest. Unserer Meinung nach bewährt sie sich nicht. Wir werden sowohl die Bologna-Struktur als auch die Vielzahl an kleinteiligen Praktika in Gesprächen mit den Betroffenen vor Ort diskutieren und überarbeiten.



Die erfolgreichen Lehramtsstudiengänge werden im Zuge der Umsetzung des Bolognaprozesses in den letzten Jahren mehr und mehr vereinheitlicht und drohen in einen Ausbildungsberuf überführt zu werden. In dem Maße, wie die Orientierung an den Fachwissenschaften zurück genommen wird, wachsen die sogenannten „bildungswissenschaftlichen“ Anteile an. Am Ende steht der „gelernte“ Lehrer und Erzieher, nicht mehr der studierte fachwissenschaftliche Lehramtsanwärter. Die Anforderungen in unserem Schulwesen reichen vom allgemeinbildenden Bereich mit Fächern wie Deutsch, Sprachen, Mathematik, Naturwissenschaften über die Wirtschaftswissenschaften, Sozial- und Ernährungswissenschaften bis zu den verschiedensten Ingenieurwissenschaften im berufsbildenden Bereich. Die Vertreter all dieser Fachrichtungen müssen ihre Fachwissenschaft auch „leben“. Nur so können sie diese authentisch vertreten und eine erfolgreiche Lernsituation für die Lernenden aufbauen.

Die FDP lehnt daher die Abschaffung einer schulartdifferenzierten Lehrerbildung ab. Unterschiedliche Schulprofile brauchen fachwissenschaftlich und pädagogisch differenziert befähigte Lehrerinnen und Lehrer. Ihre Qualifikation ist letztlich entscheidend für die Qualität des ganzen Bildungswesens. Maßnahmen, die diesem Zwecke dienlich sind, werden von uns wohlwollend betrachtet.



Die zur Zeit durch den Umbau der Schulstruktur und die Anforderungen an die Inklusion in allen Schulen erforderlichen Qualifikationen insbesondere fachdidaktischer Kompetenzen und der Fähigkeit zum binnendifferenzierenden Unterrichten erfordern eine Abkehr von der weitgehend traditionellen Unterrichtsschau, die Lehrkräfte zu wenig als Organisatoren von Lernprozessen verstehen. Aus unserer Sicht bedarf es in den kommenden Jahren vornehmlich einer Lehrerausbildung, die Lehrkräfte verstärkt in die Lage versetzt, diagnostisch Schülerinnen und Schüler adäquat in ihrem Leistungsvermögen wahrnehmen zu können und unterrichtsorganisatorisch die passenden Lernprozesse initiieren zu können. Rückmeldungen von Lehrkräften aus den Realschulen signalisieren in diesem Feld den größten Fortbildungsbedarf. Diese Lücke muss durch eine bereits im Grundstudium angelegte und verbesserte schulpraktische Ausbildung geschlossen werden.

17. Beamtenstatus

- **Wie steht Ihre Partei zum Beamtenstatus der Lehrkräfte?**



Der Beamtenstatus hat sich bewährt. Wir planen daher keinerlei Veränderungen.



Wir sind der festen Überzeugung, dass der Beamtenstatus für Lehrkräfte richtig und wichtig ist.



Der Beamtenstatus für Lehrer hat sich bewährt.

Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums lassen Spielraum für dessen Fortentwicklung und Erneuerung. Dieser Prozess ist mit dem Be-

amtenstatusgesetz, dem neuen Dienstrecht in den Ländern und Kommunen nach der Föderalismusreform I nicht beendet.



Bündnis 90/ DIE GRÜNEN sehen im Tätigkeitsfeld der Lehrkräfte keine Hoheitliche Aufgabe, die einen Beamtenstatus als zwingend geboten erscheinen lassen.

18. Dienstrechtsreform

- **Welche Vorstellungen zur Dienstrechtsreform hat Ihre Partei entwickelt? Welche konkreten Veränderungen würde Ihre Partei bei einer Novellierung der Schullaufbahnverordnung vornehmen?**



Die Dienstrechtsreform hat u.a. die Intention, Lehrkräfte durch verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten in den Lehrämtern, in denen es bislang kein funktionsloses Beförderungssamt gab, zu motivieren.



Christdemokratische Bildungspolitik ist stets darum bemüht, Leistung in besonderer Weise zu honorieren und auch im Schuldienst verstärkt Aufstiegsoptionen zu eröffnen. Deswegen wollen wir das Beamtenrecht um leistungsbezogene Besoldungselemente ergänzen und kontinuierliche Aufstiegsoptionen eröffnen. Aufgrund der unterschiedlichen Wahrnehmung des Alters sehen wir die Notwendigkeit, die Pensionierungsgrenze individueller als bisher zu gestalten. Dies schließt auch ein, dass wenn es gewünscht wird, Lehrkräfte auch länger als bisher arbeiten können.



Der von der Landesregierung begonnenen umfassenden Dienstrechtsreform



Daniel Köbler
GRÜNER Spitzenkandidat 2011

„Unser Ziel ist es, so stark wie nie zuvor in den Landtag einzuziehen, damit in Rheinland-Pfalz an GRÜNER Politik niemand vorbeikommt.“

wird die FDP ihre eigene Prägung geben. Die auf die Länder übergangene Gesetzgebungskompetenz im Besoldungs-, Laufbahn- und Versorgungsrecht werden wir dafür nutzen, um ein moderneres, flexibleres, leistungsorientierteres und gerechteres Dienstrecht zu schaffen. Die entschiedene Stärkung des Leistungsgedankens und von Effektivität hat für die FDP dabei Priorität.



Aus Sicht von Bündnis 90 / Die GRÜNEN bleibt es unverständlich, warum sowohl im Bereich der Unterrichtsverpflichtung als auch der Besoldung strukturelle Unterschiede gemacht werden. Viele andere Europäische Staaten zeigen uns, „auf den Anfang kommt es an“. Wir streben daher eine Dienstrechtsreform an, in der Lehrkräfte nicht mehr nach Schularten, sondern Schulstufen ausgebildet werden.



Verband Deutscher Realschullehrer
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

reale Bildung
reale Chancen
Realschule

Beraterteam des VDR Landesvorstandes Rheinland-Pfalz

Geschäftsführender Landesvorstand



Landesvorsitzender
Bernd Karst
karst.bernd@vdr-rlp.de



Stellv. Landesvorsitzender
Wilfried Rausch
rausch.wilfried@vdr-rlp.de



Stellv. Landesvorsitzender
Erwin Schneider
schneider.erwin@vdr-rlp.de



Stellv. Landesvorsitzender
Wolfgang Wünschel
wuenschel.wolfgang@vdr-rlp.de



Landeskassierer
Martin Radigk
radigk.martin@vdr-rlp.de



Landesschriftführer
Timo Lichtenthäler
lichtenthaeler.timo@vdr-rlp.de



Chefredakteurin
„Realschule in RLP“
Christiane Lehmann
lehmann.christiane@vdr-rlp.de



Landespresseprecher
Wolfgang Häring
haering.wolfgang@vdr-rlp.de

Bezirksvorsitzende



Koblenz
Timo Lichtenthäler
lichtenthaeler.timo@vdr-rlp.de



Neustadt
Michael Eich
eich.michael@vdr-rlp.de



Trier
Hanns Peters
peters.hanns@vdr-rlp.de

VDR-Referenten



Beamtenrecht/Tarifrecht
Hans Thielen
thielen.hans@vdr-rlp.de



Beamtenrecht/Tarifrecht
Erwin Schneider
schneider.erwin@vdr-rlp.de



Berufsorientierung
Tatjana Kuhn
kuhn.tatjana@vdr-rlp.de



**Besoldungs- u. Versorgungsrecht
Mitgliederverwaltung
Versicherungsfragen**
Martin Radigk
radigk.martin@vdr-rlp.de



**Delegiertenfragen
Integration/Inklusion**
Timo Lichtenthäler
lichtenthaeler.timo@vdr-rlp.de



Dienst- und Schulrecht
Wilfried Rausch
rausch.wilfried@vdr-rlp.de



Fachoberschulen
Wolfgang Häring
haering.wolfgang@vdr-rlp.de



Geschäftsführung
Gudrun Deck
deck.gudrun@vdr-rlp.de



**Gleichstellung/
Teilzeitbeschäftigung**
Nicole Weiß-Urbach
weiß-urbach.nicole@vdr-rlp.de



Homepage
Holger Schwab
schwab.holger@vdr-rlp.de



Homepage
Gerhard Hein
hein.gerhard@vdr-rlp.de



Homepage
André Nieser
nieser.andre@vdr-rlp.de



Integrierte Gesamtschulen
Helmut Groß
gross.helmut@vdr-rlp.de



Junglehrer
Peter Quint
quint.peter@vdr-rlp.de



**Lehrerbildung/
Studienseminare**
Klaus Langer
langer.klaus@vdr-rlp.de



**Lehrergesundheit/
Arbeitsschutz**
Ingrid Pazen
pazen.ingrid@vdr-rlp.de



Pädagogik/Bildung
Dr. Peter Bung
bung.peter@vdr-rlp.de



Pädagogik/Bildung
Marion Bellinger
bellinger.marion@vdr-rlp.de



**Personalvertretungsrecht
Personalräteschulung**
Hanns Peters
peters.hanns@vdr-rlp.de



Rechtsschutzbeauftragter
Hermann Kölsch
koelsch.hermann@vdr-rlp.de



**Schulorganisation/
Schulentwicklung**
Monika Winkelmann
winkelmann.monika@vdr-rlp.de



Universitäten
Michael Eich
eich.michael@vdr-rlp.de



VDR-Handbuch
Wolfgang Wünschel
wuenschel.wolfgang@vdr-rlp.de



**Versicherungs-
angelegenheiten**
Alfons Denig
denig.alfons@vdr-rlp.de



**Wahlpflichtfächer
Informatik**
Erwin Steilen
steilen.erwin@vdr-rlp.de

Ankündigung

Personalräte-Schulungen des VDR im Mai 2011

Örtliche Personalräte an Realschulen plus, Integrierten Gesamtschulen, Realschulen und Hauptschulen werden regelmäßig auf VDR Personalräteschulungen über aktuelle Fragestellungen der Personalratsarbeit informiert und erwerben das nötige Grundwissen zur kompetenten Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Tagungsthema im Mai 2011 wird neben der Behandlung allgemeiner Fragen zur Arbeit der Ört-

lichen Personalräte (Jahresplan der ÖPR Arbeit, 3. Und 4. Quartal) wieder ein Bereich des Landespersonalvertretungsgesetzes und als besonderer Schwerpunkt das Personalaktenrecht sein. In Frankenthal wird Herr Klaus Kessler, Referatsleiter im Ministerium des Inneren und für Sport, Experte im Personalaktenrecht, ein Referat zu diesem Thema halten.

Bezirk Trier	10.05.2011	Mertesdorf, Hotel Weis
Bezirk Koblenz	11.05.2011	Waldesch, Hotel Rosenhof
Bezirk Neustadt	25.05.2011	Frankenthal, Congressforum

Ausschreibung und Einladungen werden den Örtlichen Personalräten etwa acht Wochen vorher zugesandt.

Auch herunterladbar von der VDR-Homepage: www.realschule-vdr.de

Ansprechpartner:



Timo Lichtenthäler
Ref.: Delegierte, Newsletter,
Integration / Inklusion
Lichtenthaeler.Timo@vdr-rlp.de



Hanns Peters
Bezirksvorsitzender Trier
Ref.: Personalvertretungsrecht/
Personalräteschulung
Peters.Hanns@vdr-rlp.de



Martin Radigk
Mitgliederverwaltung/Landeskassierer
Ref.: Besoldungs-/Versorgungsrecht
Radigk.Martin@vdr-rlp.de

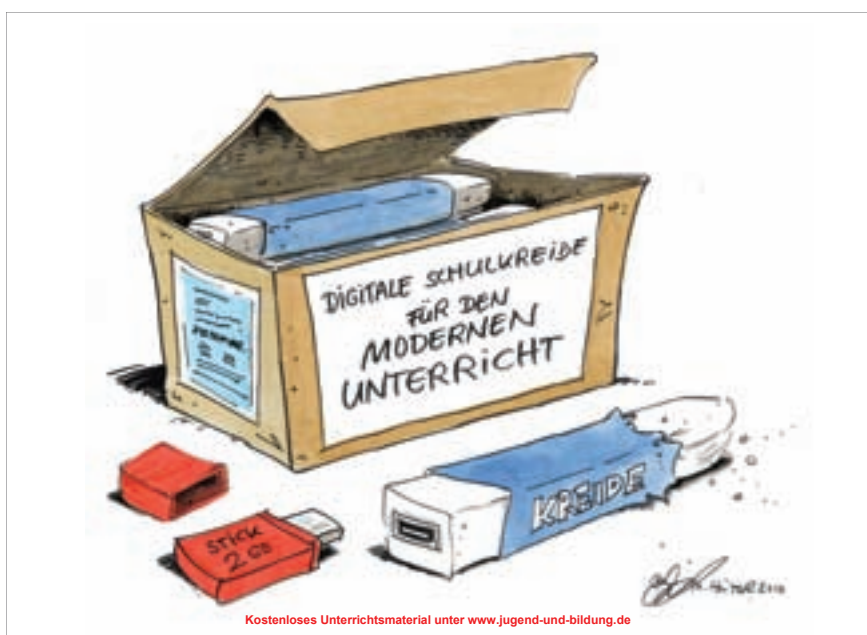
„Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz“*

Jährliche Ausgaben je Schülerin und Schüler belaufen sich auf 4.800 Euro

Im Jahr 2007 wurden an öffentlichen Schulen in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 4.800 Euro pro Schülerin und Schüler aufgewendet. Zu den Ausgaben zählen Personalkosten, laufender Sachaufwand und Investitionen. Bei allgemeinbildenden Schulen waren es 5.100 Euro je Schülerin und Schüler. Diese reichten von 4.300 Euro an Grundschulen und Realschulen bis zu 11.400 Euro an Förderschulen. ... (S. 38)

*aus 2009.

Quelle: Stat. Landesamt RLP Nr. 19/2011. Auswahl: Dr. Peter Bung, VDR-Bildungsreferent



Kostenloses Unterrichtsmaterial unter www.jugend-und-bildung.de

Jugend und Bildung - Kostenlose Unterrichtsmaterialien

Stiftung Jugend und Bildung. Die Stiftung verfolgt gemeinnützige Zwecke. Gemeinsam mit ihren Partnern entwickelt sie kostenloses Unterrichtsmaterial zum Bestellen und Arbeitsblätter zum Download. www.jugend-und-bildung.de

Konrad-Adenauer-Realschule plus ist erste Campusschule

Die Universität Koblenz-Landau, Campus Landau, und die Konrad-Adenauer-Realschule plus (KARS) feierten dieser Tage die Geburt einer neuen Einrichtung: der Campusschule. Zur „fröhlichen Taufe“ kam Bildungs-Staatssekretärin Vera Reiß.

Bevor die Schülerinnen und Schüler der KARS ihr musikalisches und wissenschaftliches Können im Rahmen einer Feierstunde demonstrierten, wachte Staatssekretärin Vera Reiß über den Austausch der Unterschriften von Unipräsident Roman Heiligenthal und Schulleiter Manfred Schabowski unter die Kooperationsvereinbarung Campusschule.

Uni-Vizepräsident Ulrich Sarcinelli, der die Campus-Schul-Idee bei seinem Amtsantritt vor zwei Jahren hatte, und Oberbürgermeister Hans-Dieter Schlimmer zeigten sich zuversichtlich, dass von dem Austausch zwischen Lehrern an Schulen und Hochschulkraften durchaus auch andere Schulen profitieren können.

Schulleiter Schabowski sieht die Vereinbarung in folgendem Licht: „Durch die Verknüpfung von Forschung und Schulpraxis im Rahmen der Campusschule möchten wir für unsere Schülerinnen und Schüler z.B. durch naturwissenschaftliche Projekte oder die Teilnahme am Mathematik-Labor eine Steigerung der Effektivität von Unterricht erreichen. Beratungs- und Coachingprojekte, die Bearbeitung



Oberbürgermeister Hans-Dieter Schlimmer, Bildungs-Staatssekretärin Vera Reiß, Uni-Vizepräsident Ulrich Sarcinelli, Schulleiter Manfred Schabowski

von fachdidaktischen und fachinhaltlichen Fragestellungen, der Umgang mit Heterogenität sind mögliche Felder der Zusammenarbeit, die zu einer Unterstützung und Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer führen soll.

Durch die Bearbeitung der Themenfelder Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und Prävention haben wir die Möglichkeit, unsere Eltern in ihrer Erziehungsarbeit zu beraten und zu unterstützen.“

Im nächsten Heft lesen Sie unter anderem...

...einen Bericht über einen Meinungsaustausch des VDR-Bezirksvorstands Trier (Hanns Peters, Erwin Schneider und Gerhard Klein) mit MdL Bettina Brück, Mitglied des schulpolitischen Ausschusses des Landtags Rheinland-Pfalz.



... was sich hinter dem Begriff der Inklusion verbirgt.

... und was die Bildungsreferenten der Handwerkskammern mit dem VDR über eine gemeinsame Presseerklärung hinaus besprochen und vereinbart haben.



Zum 31. Januar haben die RLA der Seminare in Mainz und Trier Ihre Ausbildung beendet. Wir gratulieren zum bestandenen Examen!

Zum Start im Schuldienst und für das „Freischwimmen“ wünschen wir alles Gute. Gerade beim Berufseinstieg ergeben sich viele Fragen. Dabei ist es gut, Menschen zu kennen, die Antworten darauf geben können. Wir bieten Ihnen dieses gerne an.



Timo Lichtenhäler
Ref.: Delegierte, Newsletter,
Integration / Inklusion
Lichtenthaeler.Timo@vdr-rlp.de



Michael Eich
Bezirksvorsitzender - Neustadt
Ref.: Universitäten
Eich.Michael@vdr-rlp.de



Hanns Peters
Bezirksvorsitzender Trier
Ref.: Personalvertretungsrecht/
Personalräteschulung
Peters.Hanns@vdr-rlp.de

Begrüßung der neuen Lehramtsanwärterinnen und -anwärter

Am 1. Februar 2011 war es wieder so weit: Junge Kolleginnen und Kollegen traten Ihren Vorbereitungsdienst im Studienseminar Kaiserslautern und Koblenz an. Im Namen aller VDR-Mitglieder heißen wir sie herzlich willkommen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor Ihnen liegt eine spannende und erfahrungsreiche Zeit, dafür wünscht Ihnen der VDR viel Kraft und alles Gute! Sie sind auf diesem mitunter auch sehr anstrengenden Weg nicht allein. Mit dem VDR haben Sie einen starken und verlässlichen Verband als Partner an Ihrer Seite.

Zum 1. Februar 2011 konnten im Studienseminar Kaiserslautern und in der neu eingerichteten Außenstelle in der Verbandsgemeinde Landau-Land insgesamt 140 Anwärterinnen und Anwärter Ihren Vorbereitungsdienst antreten. Im Studienseminar Koblenz begannen 90 Anwärterinnen und Anwärter ihre zweite Ausbildungsphase. Das sind insgesamt zusätzliche 70 Ausbildungsplätze. Dafür hatte sich der VDR im Vorfeld energisch eingesetzt.

Der Ausbau der Seminarkapazitäten war eine der zentralen Forderungen des VDR an die rheinland-pfälzische Landesregierung, die wir immer wieder erhoben haben. Auf unserer Homepage www.realschule-vdr.de finden sich diesbezügliche Beiträge.

Der VDR macht sich für Sie stark! Für Lehramtsanwärterinnen und -anwärter



Michael Eich und Gudrun Deck am VDR-Infostand

haben wir die beitragsfreie Mitgliedschaft eingeführt (siehe Beitrittsformular Seite 38). Profitieren Sie von unseren VDR-Serviceleistungen (u.a. Schlüsselversicherung, Rechtsberatung und Diensthauptpflicht) und werden Sie Mitglied! Als Neumitglied erhalten Sie kostenlos das zweibändige VDR-Handbuch, eine für alle schulischen Belange wertvolle und unverzichtbare Wissens- und Informationsquelle.

Ein erstes VDR-Begrüßungspaket mit nützlichen Materialien (u.a. Schulordnung) haben Sie inzwischen über das Seminar erhalten. Wir sind aber auch persönlich für Sie da. Wir kommen darüber hinaus zu Ihnen in die Studienseminare. Achten Sie auf die Ankündigungen in Ihrem Seminar!

Martin Radigk ist der VDR-Referent für Besoldungs- und Versorgungsfragen. Er wird sich künftig regelmäßig zu aktuellen Themen oder Fragestellungen äußern. Im folgenden Beitrag setzt er sich auseinander mit den immer wieder in den Medien aufkeimenden Neiddiskussionen mit Blick auf die Beamtenversorgung.

Der Vergleich von Äpfeln mit Birnen Bekommen Beamte eine zu üppige Pension?

„Fürs Arbeiten werden Beamte vielleicht nicht immer sehr gut bezahlt. Fürs Nicht-Arbeiten dagegen meistens zu gut. Um die wahren Privilegien des Beamtenstatus zu genießen, muss man den Ruhestand erreichen. Spätestens an der Pensionsgrenze öffnet sich, so zeigt die stern-Recherche, die Einkommensschere zum großen Rest des arbeitenden Volkes: Nach 40 Dienstjahren erhalten Beamte ein Ruhegehalt von knapp 72 Prozent ihrer letzten Bezüge. Das Rentenniveau eines Arbeitnehmers dagegen liegt bei 48 Prozent des durchschnittlichen Bruttogehaltes.“¹

In regelmäßigen Abständen finden sich Artikel dieses Inhalts in Zeitungen und Zeitschriften. Dabei fällt auf, dass sich besonders in Zeiten von Krisen und hoher Arbeitslosigkeit der Blick auf Beamtengehälter und Beamtenpensionen richtet. Der Vergleich dieser zwei grundverschiedenen Versorgungssysteme ist allerdings so sinnvoll, wie der Vergleich von Äpfeln mit Birnen.

Hier einige Aspekte zur Beleuchtung des Themas:

Ein sogenannter Eckrentner erreicht nach 45 Beitragsjahren, in denen immer der höchstmögliche Beitrag bis zur Beitragsbemessungsgrenze abgeführt wurde, eine Rente von ca. 70% des letzten Durchschnittsentgelts, ebenfalls bis zur Beitragsbemessungsgrenze gerechnet. Das oben angegebene durchschnittliche Rentenniveau von 48 Prozent des durchschnittlichen Bruttogehalts entsteht allerdings durch die Einbeziehung

aller Rentner ungeachtet der Länge der Ausbildungszeiten und der Länge der tatsächlichen Beschäftigung im jeweiligen Einzelfall.

Beamte haben meist eine wesentlich stabilere Erwerbsbiographie, es kommen also nur in geringem Maße durchbrochene Erwerbsbiographien vor, und Beamte sind im Durchschnitt auch in höheren Positionen tätig, für die eine höhere Ausbildung notwendig ist. Daraus resultiert ein höheres Lebens Einkommen, das seine Entsprechung in einer höheren Altersversorgung findet. Der Absenkung des Rentenniveaus durch die Rentenreformen der letzten Jahre hat man im Bereich der Pensionen durch das Versorgungsänderungsgesetz von 2001 Rechnung zu tragen versucht.

Mit dem Versorgungsänderungsgesetz von 2001 kam es zu einer wirkungsgleichen Anpassung der Altersbezüge der Beamten und Pensionäre an die Entwick-

lung der Renten durch die Rentenreform. Nach 40 Dienstjahren erhalten Beamte nach der 8. Anpassung nach §69e Beamtenversorgungsgesetz 71,75% der Endstufe der jeweiligen Besoldungsgruppe als sogenanntes Altersruhegeld. Der Prozentsatz wurde nach dem Versorgungsänderungsgesetz aus dem Jahre 2001 in 8 Anpassungsschritten stufenweise von den damals geltenden 75%, auf zukünftig 71,75%, die nach 40 Dienstjahren erreicht werden, abgesenkt.

Mit der letzten Erhöhung im März 2010 wurde die siebte von insgesamt acht Stufen erreicht und die Versorgungsbezüge sind nunmehr mit dem insoweit festgelegten Anpassungsfaktor von 0,96208 zu vermindern.

Der ‚Stern‘ schreibt sicher zu Recht, dass ‚Beamte fürs Arbeiten vielleicht nicht immer gut bezahlt werden‘. Während

Die Anpassungsfaktoren ergeben sich aus folgender Übersicht:²

Tabelle Anpassungen nach dem 31.12.2002 für Rheinland-Pfalz

Anpassung nach dem 31.12.2002	Anpassungsfaktor	Höchstruhegehaltssatz in %	Steigerungssatz in %
0	1	75	1,875
1	0,99458	74,5935	1,8648375
2	0,98917	74,18775	1,85469375
3	0,98375	73,78125	1,84453125
4	0,97883	73,41225	1,83530625
5	0,97393	73,04475	1,82611875
6	0,9675	72,5625	1,8140625
7	0,96208	72,156	1,8039
8	0,95667	71,75025	1,79375625

des Berufslebens werden Besoldungserhöhungen an Beamte zeitverzögert weitergegeben und unter Hinweis auf die besonders sichere Lebensanstellung werden Erhöhungen im Tarifbereich nicht immer vollständig auf die Beamten übertragen.

Das Ruhegehalt eines Beamten unterliegt voll der Besteuerung, während bei Renten nur der schrittweise steigende Ertragsanteil besteuert wird. Nimmt man bei einem alleinstehenden Pensionär in Steuerklasse 1 eine durchschnittliche Steuerbelastung von 22% an, so erhält er nach Abzug der Steuern eine Nettopension von ca. 56% des letzten Bruttogehalts. Berücksichtigt man die Beiträge zur privaten Krankenversicherung, die allerdings steuerlich geltend gemacht werden können, ergibt sich ein Nettoeinkommen von ca. 52% des letzten Bruttoeinkommens. Damit nähert sich seine Nettopension langsam den 48%, die der ‚Stern‘ als durchschnittliche Nettorente angibt. Zwar bezahlen heute Rentner volle Beiträge für Krankenkasse und Pflegeversicherung, allerdings zu günstigeren Beiträgen in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Beamte müssen hingegen in Zukunft in der Privaten Krankenversicherung überproportional stark steigende Beiträge erwarten.

Wenn man den Vergleich von Beamten und Angestellten weiter führt, wird man erkennen, dass diese Altersversorgungssysteme kaum vergleichbar sind.

Wie war das noch mit den Äpfeln und Birnen?



Martin Radigk

Mitgliederverwaltung/Landeskassierer
Ref.: Besoldungs-/Versorgungsrecht
Radigk.Martin@vdr-rlp.de

¹ Quelle:
<http://www.stern.de/wirtschaft/news/stern-einkommensreport-was-beamte-verdienen-1640184.html>, Download
09.02.2011

² Vgl.:
Minz, Hubert, Praxishandbuch Beamtenversorgungsrecht, Regensburg 2010, S. 243

Neue Gleichstellungsbeauftragte des VDR Landesverbandes

**Nicole Weiß-Urbach
übernimmt Aufgabenbereich
von Beate Malinowsky**

Nicole Weiß-Urbach unterrichtet zurzeit an der Clemens-Brentano Realschule plus in Koblenz die Fächer Englisch und Naturwissenschaften.

Seit November 2009 ist sie gewähltes Vorstandsmitglied des Bezirksverbandes Koblenz und nimmt dort die Aufgabe der Kassiererin wahr.

Der Landesvorstand des VDR bedankt sich herzlich bei Beate Malinowsky für ihren Einsatz und ihr Engagement im Rahmen dieser Tätigkeit.



Nicole Weiß-Urbach

Anton-Reuter-Str. 11
56072 Koblenz
Tel.: 0261/210284
weiß-urbach.nicole@vdr-rlp.de

PhV und VDR in Mainz: Tagung für IGS-Lehrkräfte



Der Philologenverband Rheinland-Pfalz lud Anfang Februar interessierte IGS-Lehrkräfte aus PhV und VDR in seine Geschäftsstelle nach Mainz ein. Ziel des Treffens war es, die Zusammenarbeit und den Dialog der IGS-Kolleginnen und -kollegen zu intensivieren. Horst Wittig, Mitglied im Hauptpersonalrat IGS und Burkhard Karrenbrock, Mitglied im Bezirkspersonalrat IGS, standen als Experten zur Verfügung. Neben den klassischen Themenschwerpunkten Personalversorgung, Arbeitsbelastung und Lehrergesundheit, fand ein reger Austausch über die Organisation und Durchführung des sogenannten Praxistages in Klasse 9 an Integrierten Gesamtschulen statt.

Lehrer am Limit - Gegensteuern und Durchstarten

10 Jahre Projekt ‚Lehrergesundheit‘ und Vorschau auf eine Buchbesprechung und Autorenavorstellung in der nächsten RSiRP

Das Projekt Lehrergesundheit wurde im Jahre 2001 vom Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend Rheinland-Pfalz an der ADD in Trier eingerichtet. Ziele des Projekts sind die Förderung, der Erhalt und nach Möglichkeit die Wiederherstellung von Gesundheit, Arbeitszu-

friedenheit und Leistungsfähigkeit von Lehrkräften und Schulleitungen.

In der nächsten Ausgabe von RSiRP gibt Dr. Gläßer eine Buchempfehlung für die Leser von RSiRP: „Lehrer am Limit - Gegensteuern und durchstarten“. Ferner wird die Autorin Heike Frank vorgestellt.

Link zum Projekt 'Lehrergesundheit':
www.add.rlp.de/Schulen/Projekt-Lehrergesundheit/



Dr. Elisabeth Gläßer,
Diplompsychologin, Psychologische Psychotherapeutin, ist an der ADD in Trier für das Projekt Lehrergesundheit verantwortlich.

Der VDR gratuliert und wünscht Gesundheit und Gottes Segen für das neue Lebensjahr!

Bezirk Koblenz

90. Geburtstag

am 07.01. Annegret Ecker
Neuwied

85. Geburtstag

am 07.03. Maria Krupp
Kasbach-Ohlenberg

80. Geburtstag

am 20.01. Georg Kleudgen
Katzenelnbogen

79. Geburtstag

am 02.03. Charlotte Hüscher-Ripplinger
Elkenroth

am 15.03. Helmut Hörster
Bitzen

78. Geburtstag

am 10.03. Karl-Heinz Scholl
Katzenelnbogen

75. Geburtstag

am 15.03. Erwin Hermen
Mayen

73. Geburtstag

am 12.01. Dieter Seidenberg
Andernach

am 14.03. Wilfried Kälicke
Bonn-Röttgen

72. Geburtstag

am 05.03. Dieter Volk
Niederelbert

am 31.03. Ernst Poblath
Wedemark

71. Geburtstag

am 11.01. Erika Christ
Bad Neuenahr-Ahrweiler

am 03.03. Ludwig Chmela
Bad Marienberg

am 18.03. Hans Bergmann
Remagen

am 28.03. Helmut Kollig
Kottenheim

70. Geburtstag

am 10.03. Evelyn Czybulka
Bretzenheim

am 21.03. Dorothee Meironke
Grafschaft

Bezirk Neustadt

95. Geburtstag

am 02.02. Paul Bernsdorf
Mainz

89. Geburtstag

am 28.01. Hedwig Eisenhardt
Wiesloch

88. Geburtstag

am 07.03. Dr. Hermann Bierbaum
Landstuhl

78. Geburtstag

am 23.01. Berthold Hauck
Gau Bischofsheim

am 25.01. Norbert Freiermuth
Germersheim

am 20.03. Walter Kreutzenberger
Landau

am 24.03. Joachim Giesbert
Bingen

76. Geburtstag

am 17.02. Rainer Jung
Worms

am 07.03. Margarete Bachmann
Waldfischb.-Burgalben

75. Geburtstag

am 14.01. Roland Speitel
Insheim

am 15.02. Gerhard Sattel
Römerberg

am 26.03. Kunibert Stanko
Mainz

74. Geburtstag

am 08.01. Rudolf Klöckner
Wiesbaden

am 13.03. Arno Wolff
Mainz

73. Geburtstag

am 26.01. Bernd Werdich
Mainz

am 27.01. Frank Peter Mutzbauer
Haßloch

am 12.02. Nordfrid Schiller
Klingenmünster

am 21.02. Werner Lugenbühl
Haßloch

72. Geburtstag

am 18.01. Georg Stenner
Mainz

am 10.03. Hermann J. Settlemeyer
Lingenfeld

am 23.03. Hermann Muth
Speyer

71. Geburtstag

am 09.02. Gisela Dieckhoff
Neustadt / Weinstraße

am 13.02. Irmgard Rutz
Landau

am 22.02. Reinhard Kermann
Neustadt / Weinstraße

70. Geburtstag

am 03.02. Klaus-Jürgen Pohlitz
Haßloch

am 16.02. Axel Hübler
Neustadt / Weinstraße



am 07.03. Hans Thiel
Kröppen

am 21.03. Edeltraut Bäuerlein
Römerberg

Bezirk Trier

92. Geburtstag

am 22.01. Helmut Horstmann
Konz

82. Geburtstag

am 01.03. Heinz Schneider
Trier

78. Geburtstag

am 27.02. Matthias Trampert
Bitburg

am 19.03. Josef Hilgers
Detzem

73. Geburtstag

am 10.03. Horst F. Catrein
Saarburg

72. Geburtstag

am 13.01. Walter Philippi
Saarburg

am 03.03. Friedrich Tesch
Wittlich

71. Geburtstag

am 17.01. Ingrid Praus
Platten

70. Geburtstag

am 12.01.1941 Klaus Nober
Rommersheim

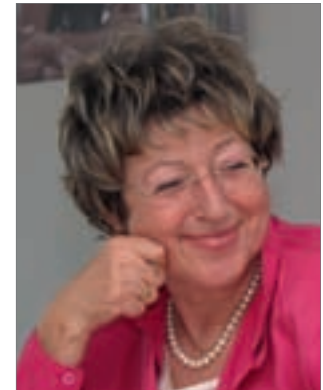
am 01.03.1941 Herbert Pies
Kasel

am 04.03.1941 Dietlinde Mayers
Konz

**Wir bitten um Entschuldigung,
falls wir Geburtstage im Zeit-
raum 1. Januar bis 31. März
2011 übersehen haben.**

Christiane Lehmann feierte ihren 60. Geburtstag

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses ist die erste Ausgabe der „Realschule in Rheinland-Pfalz“, die ich als neue Landesschriftleiterin des VDR für Sie zusammengestellt habe. Mir ist bewusst, welch' schwere Aufgabe ich übernommen habe...“



Christiane Lehmann ist seit November 1996 Chefredakteurin unserer Verbandszeitschrift. Ob sie bereits in ihrer ersten Ausgabe 4/96 ahnen konnte, welche Verantwortung mit ihrer neuen Aufgabe in den vielen nachfolgenden Jahren auf sie zukommen würde? Unstrittig ist, dass unsere „Realschule in Rheinland-Pfalz“ sowohl inhaltlich als auch optisch hohe Anerkennung findet – ein hoher Verdienst von Christiane Lehmann. Der 60. Geburtstag unserer Chefredakteurin am 5. Februar gibt Anlass, Dank und Glückwünsche aufs Herzlichste miteinander zu verbinden.

Bernd Karst VDR-Landesvorsitzender

Wir können leider nicht nur gratulieren, sondern wir müssen auch Abschied nehmen:

Trauer um Emil Schuster

Emil Schuster – Realschuldirektor und Schriftsteller

Der am 4. Februar 1921 in Schifferstadt geborene Schriftsteller und Realschuldirektor i.R. Emil Schuster starb Ende letzten Jahres. Schuster war von 1966 bis 1980 Gründungsschulleiter der ersten Ludwigshafener Realschule, der heutigen Anne-Frank-Realschule plus. Bis zu seinem Tod blieb der Realschulmann dem VDR treu verbunden.

Mit seinem Debütroman „Die Staffel“, in dem er den Krieg als sinnlos und grausam demaskiert, schaffte Schuster 1958 den Durchbruch als über die regionalen Grenzen hinaus bekannter Schriftsteller. Das Grundthema der meisten seiner Erzählungen und Romane ist der Zweite Weltkrieg. Schuster

selbst konnte sich als Jagdflieger dem Kriegsgeschehen nicht entziehen. Wie er es in seinem stark autobiografischen Roman „Der Schelius“ formulierte, wollte er nicht bei der Infanterie „im Schlamm hausen“. Anfang der 1980er Jahre engagierte sich Emil Schuster in der Friedensinitiative. Daraus entstand die Idee zu seinem Roman „Die Leidenschaft am Leben zu bleiben“.

Weitere Stoffe zu seinen Romanen („Randfiguren“), Erzählungen („Der Schatten“, „Drei Frauen“) und Hörspielen schöpfte er aus dem Alltag seiner Heimatgemeinde Schifferstadt. Der „unauslotbare Ozean des Menschlichen“, wie es der Landauer Autor Wolfgang Diehl einmal charakterisierte, lieferte Emil Schuster die Tiefe für seine Werke.



Emil Schuster; Foto: Privat

Schuster schrieb klar, präzise, lebendig und packend – in einer Sprache, die zum Nachdenken anregt. Neben dem Pfalzpreis für Literatur (1992) wurde er mit dem Förderpreis des Landes Rheinland-Pfalz (1959) und dem Förderpreis des Bezirksverbandes Pfalz (1963) ausgezeichnet.

BEITRITTSERKLÄRUNG

**Verband Deutscher Realschullehrer
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Schulen im Sekundarbereich
Landeskassierer Martin Radigk
Nachtigallenweg 55
67346 Speyer**

Tel.: 06232/40444
Fax: 06232/1213318
E-Mail: landeskassierer@vdr-rlp.de

Name	Vorname	Dienstbezeichnung	Geb.-Datum
Straße	PLZ	Wohnort	Telefon / Telefax / E-Mail
Schule/Dienststelle		Prüfungsfächer	

Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A16 A15 A14 A13 A12 BAT ...

- Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit ____ Wochenstunden
 Ich bin Lehramtsanwärter/in Mein/e Ehepartner/in ist bereits VDR-Mitglied

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum VDR Rheinland-Pfalz e.V.

Mein Eintritt soll zum 1. _____ 20____ erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der Beitragsordnung vom 3. November 2009. Gleichzeitig gebe ich dem Landeskassierer widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u.g. Kontos. Mit der Speicherung meiner o.g. Daten ausschließlich für VDR-interne Zwecke bin ich einverstanden.

Bankleitzahl	Name der Bank	Kontonummer
Ort	Datum	Unterschrift

Die VDR-Beitrittserklärung finden Sie auf der VDR-Homepage unter: www.realschule-vdr.de

VDR-Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Die Beiträge orientieren sich an der Besoldung des Eingangsamtes. Der Monatsbeitrag wird auf 0,55% vom Bruttobetrag festgesetzt, mindestens aber vom Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 12 erhoben.

Ab 01.04.2010 gilt folgende Beitragsstaffelung:

	Gehaltsstufe		Monatsbeitrag
Beamte	A 16		15,50 €
	A 15		14,50 €
	A 14		13,00 €
	A 13		12,00 €
	A 12	oder darunter	11,00 €
	A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	10,00 €
	A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	9,00 €
	A12/A13	Teilzeit bis 14 Wstd.	8,00 €
	Lehramtsanwärter		6,00 € *
	Pensionäre		6,00 €
Ehegatten	bei einem Vollzahler zahlt der Ehegatte	6,00 €	
Angestellte	TV-L	Vollbeschäftigung	10,00 €
	TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	8,00 €
	TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	7,00 €
	Rentner		6,00 €

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich.

Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15 – 21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Mitglieder in Altersteilzeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbeitrag.

Ehegatten, Beurlaubte, Pensionäre, LAA

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A13. Dieser Beitrag gilt auch für Ehepaare bei Mitgliedschaft beider Ehepartner (ein Vollzahler + 6 €).

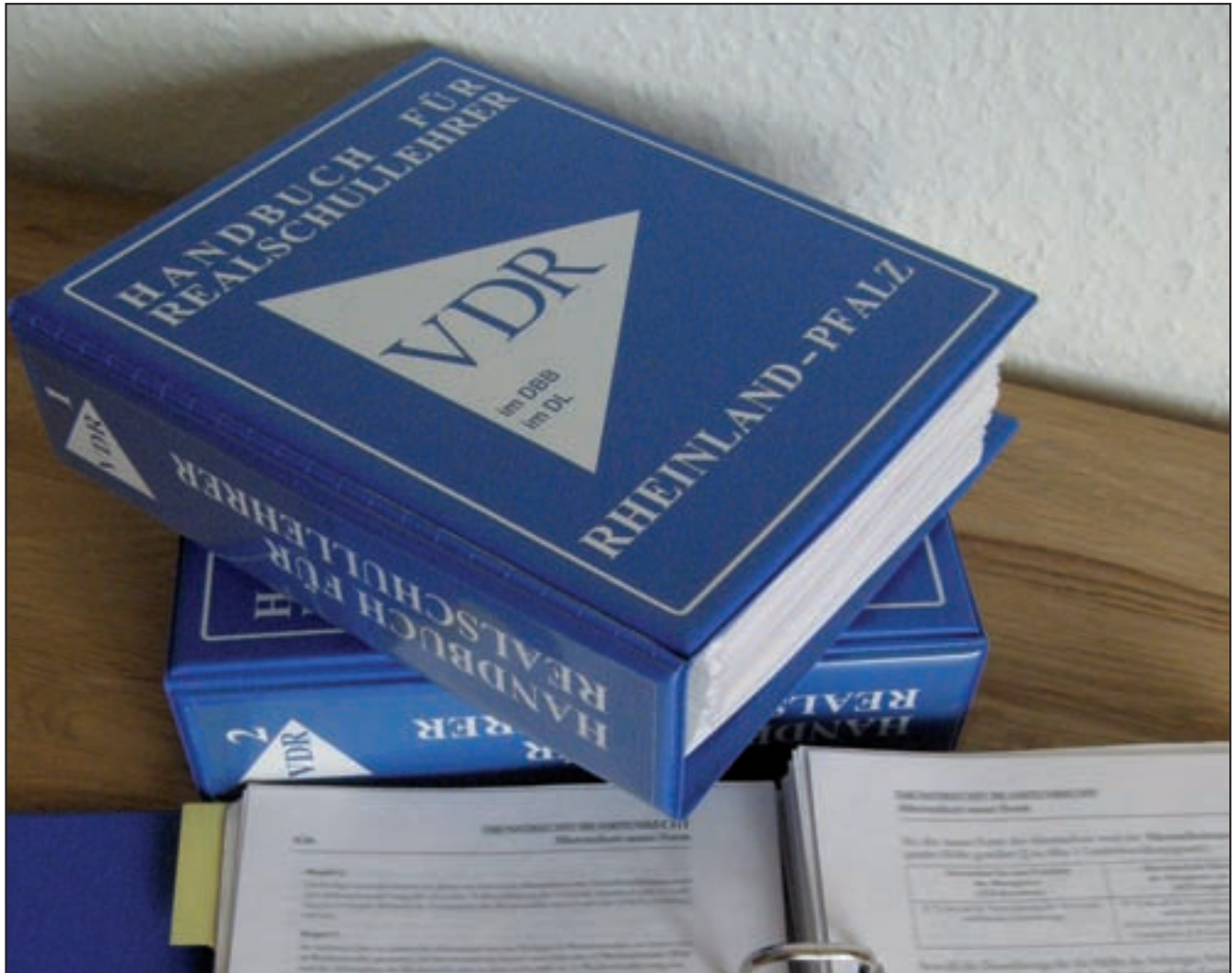
*** Lehramtsanwärter-Spezial**

Durch Beschluss des Landeshauptvorstandes vom 18.08.2009 ist die Mitgliedschaft für LAA für die Dauer des Vorbereitungsdienstes kostenfrei.

Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlichen Daten

Die ultimative Fundgrube für Lehrkräfte

Das VDR-Handbuch



Stand: 48. Ergänzungslieferung

Neben umfangreichen Überarbeitungen und einer Reihe neuer Beiträge wird auch das „ABC der Werbungskosten“ (5.40.4) aktualisiert. Zu finden sind dort auch Ausführungen zum Steuervereinfachungspaket des Koalitionsausschusses.

Die wichtigsten Überschriften der 48. Ergänzungslieferung:

- Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags
- Kosten für die Kinderbetreuung
- Kindergeld/ Freibeträge für volljährige Kinder
- Entfernungspauschale
- Stipendien
- Erleichterung der elektronischen Kommunikation mit der Finanzverwaltung
- Gemeinsame Abgabe von Einkommensteuererklärungen von zwei Jahren
- Elektronische Lohnsteuerkarte
- Bereitstellung einer vorausgefüllten Steuererklärung
- Entbürokratisierung und Flexibilisierung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge
- Steuerliches Reisenkostenrecht

Das VDR-Handbuch erscheint im Wingen-Verlag und ist die Sonderausgabe einer Loseblattsammlung, deren Grundwerk derzeit zum Preis von 29,00 EURO (zzgl. Versand und Porto) verkauft wird. Mit 1 bis 2 Ergänzungslieferungen jährlich wird das Werk regelmäßig erweitert und auf aktuellem Stand gehalten. VDR-Mitglieder erhalten die Ergänzungen zu einem ermäßigten Preis. Für Neumitglieder ist das zweibändige Grundwerk Begrüßungspräsent.